

STIFTUNG TOPOGRAPHIE DES TERRORS

NR 111 3/2003

Gedenkstätten Rundbrief



- 3 Vom vergessenen Lager zum Dokumentationszentrum?
Das ehemalige NS-Zwangsarbeiterlager in Berlin-Schöneweide
Gabriele Layer-Jung und Cord Pagenstecher
- 14 Lichtenburg – Vergangenheit und Zukunft
Renaissanceschloss, Konzentrationslager, Gedenkstätte
Stefanie Endlich
- 26 Der Geschichtsort Villa ten Hompel in Münster
eine didaktische Schnittstelle
zwischen Geschichte und Gegenwart
Alfons Kenkmann
- 39 Veranstaltungen
- 42 Literaturhinweise

Titel: Blick in den »Bunker« des KZ Lichtenburg, März 2000
Siehe hierzu auch den Beitrag von Stefanie Endlich in diesem Rundbrief.
Foto: Stefanie Endlich

Vom vergessenen Lager zum Dokumentationszentrum?

DAS EHEMALIGE NS-ZWANGSARBEITERLAGER
IN BERLIN-SCHÖNEWEIDE

Gabriele Layer-Jung und Cord Pagenstecher

Schöneeweide ist ein großes Industrie- und Arbeiterviertel beiderseits der Spree im Berliner Bezirk Treptow-Köpenick. Im nördlich der Spree gelegenen Oberschöneeweide stehen heute noch die großen, zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstandenen Fabrikhallen der AEG, während in Niederschöneeweide am südlichen Ufer teilweise die gründerzeitliche Wohnbebauung erhalten blieb. In beiden Ortsteilen führte die Deindustrialisierung, die im Osten der Stadt nach 1989 schlagartig einsetzte, zum Verlust von Zehntausenden von Arbeitsplätzen, zu Leerstand und Verfall.

Im Rahmen eines städtebaulichen Sanierungsverfahrens wurde 1993 in Schöneeweide das letzte noch komplett erhaltene Zwangsarbeiterlager von Berlin »entdeckt«¹: Zwischen den Wohnbauten erstreckt sich ein Gelände aus dreizehn symmetrisch angelegten Steinbaracken, die von verschiedenen kleinen Werkstätten und Einrichtungen genutzt werden. In dem für über 2 000 ausländische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen gebauten Lager waren unter anderem italienische Bauarbeiter und weibliche Häftlinge eines KZ-Außenlagers untergebracht. Sechs leerstehende Baracken an der Britzer Straße sind in Bundesbesitz und stehen derzeit zum Verkauf. Gemeinsam mit anderen Initiativen möchte die Berliner Geschichtswerkstatt hier ein Dokumentations- und Begegnungszentrum zur NS-Zwangsarbeit einrichten.

Dieser Artikel schildert zunächst die Bau- und Nutzungsgeschichte des Lagers, soweit dies die dünne Quellenlage erlaubt: Die Akten über Bau und vor allem Nutzung des Lagers sind verstreut; konkrete Schilderungen von Zeitzeug fehlen bislang.² Anschließend werden die gegenwärtige Situation, die jüngsten Aktivitäten des Projekts und die Ziele des angestrebten Erinnerungsortes skizziert.

GBI-Lager 75/76. Der Lagerbau durch den Generalbauinspektor

Das baumbestandene Gelände zwischen der Britzer, Kölnischen und Rudower Straße gehörte der Deutschen Reichsbahn und war spätestens seit 1939 begehrtes Bauland. Anfang 1939 sollte dort ein HJ-Heim entstehen. Da sich der Bauplatz jedoch inmitten eines Wohngebiets befand, nahm man von der Realisierung wieder Abstand. Im Juli 1939 plante die in Berlin-Mitte ansässige Wohnungsbaugesellschaft GEHAG, auf dem Gelände 1 230 Zwei-Zimmer-Wohnungen zu errichten. Trotz Freigabe des Bauplatzes wurde auch dieses Projekt nicht umgesetzt.

Ursprünglich gehörte ein kleiner, 1 084 m² umfassender Teil des Waldareals den jüdischen Brüdern Kurt und Willy Mannheimer, das restliche Grundstück von ca. 31 000 m² der Deutschen Reichsbahn. Aufgrund der elften Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 verloren Juden mit Wohnsitz im Ausland die deutsche Staatsangehörigkeit und damit auch ihr Vermögen in Deutschland. Der »Aufenthalt im Ausland« bezog sich dabei nicht nur auf Zufluchtsorte, sondern hauptsächlich auf die Konzentrations- und Vernichtungslager. Aufgrund dieser Verordnung fiel das Eck-

Hof des ehemaligen
»Italienerlagers«, 1995,
Baracken im Bundes-
besitz stehen leer.
Foto: Geschichts-
werkstatt, Berlin



grundstück der Mannheimers an der Britzer/Köllnischen Straße am 13. Juni 1942 an die Vermögensverwaltung des Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg.

1943 übernahm das für die Organisation der Zwangsarbeit in Berlin zentrale Amt des Generalbauinspektors (GBI) das Gelände. Die 1937 eingerichtete Sonderbehörde des Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt unter der Leitung Albert Speers plante großflächige Abrisse und monumentale Neubauten im Zentrum Berlins, das später in »Germania« umbenannt werden sollte. Um die Mieter in Häusern, die dieser Planung im Wege standen, umsetzen zu können, trieb Albert Speer 1941 die Freimachung von sogenannten Judenwoh-nungen voran und forcierte damit die Judendeportationen aus Berlin. Gleichzeitig wurden aber kriegsbedingte Aufgaben wie der Luftschutz- und Lagerbau vordringlich. Nachdem Albert Speer 1942 zum Reichsminister für Bewaffnung und Munition ernannt wurde, zentralisierte er den Bau von Barackenlagern und unterstellte reichsweit alle Lagerbauten zur Unterbringung von »Ostarbeiter« der Koordination seines Ministeriums.

In Berlin entschied die Abteilung II/6 »Arbeitseinsatz und Beschaffungswesen« des GBI von nun an als Genehmigungsbehörde über alle Bauanträge für Wohnlager. Außerdem errichtete der GBI in Berlin über 70 Barackenlager in eigener Regie, um sie entweder für »eigene« Zwangsarbeiter zu nutzen oder an andere Firmen zu vermieten. Im Juni 1943 pachtete die GBI-Abteilung II/3 »Verwaltung und Wirtschaft« das Gelände in Niederschöneweide, um ein Lager für 5 000 Personen zu errichten. Die Leitung übernahm die Bauabteilung Hetzelt; Architekt war Hans Freese. Der damalige Ordinarius für Entwürfe und Perspektive an der Fakultät für Architektur der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg wurde nach dem Krieg Rektor der Technischen Universität Berlin.

Der GBI schloss am 15. September 1943 Mietverträge mit der Reichsbahndirektion und rückwirkend zum 1. Juli 1943 mit dem Oberfinanzpräsidenten von Berlin-Brandenburg ab. Am 17. September befand sich das Lager bereits in Bau. Da per Anordnung durch Reichsverteidigungskommissar Goebbels im August 1943 der Bau von Holzbauten aus Luftschutzgründen untersagt worden war, wurden statt der geplanten Holzgebäude für



Eingang Zwangs-
arbeiterlager Berlin-
Schöneweide, 2002
Foto: Geschichtswerk-
statt, Berlin

5 000 Personen nun Steinbaracken für 2 160 Personen errichtet. Im Genehmigungsverfahren wurde explizit auf die Richtlinien für die behelfsmäßige Kriegsbauweise vom 2. Juli 1941 hingewiesen, nach denen auf Außenfassaden nötigenfalls Tarnanstriche angebracht, Innenwände, wenn überhaupt, nur mit weißer Kalkfarbe gestrichen und außerdem elektrische Leitungen nur als Freileitungen verlegt werden durften. Als Fußbodenbelag wurde Lehm-Estrich oder einfacher Holzfußboden vorgeschrieben. Nach diesen Richtlinien war auch jede Unterkellerung von Baracken untersagt. Trotzdem befanden sich im GBI-Lager 75/76 statt der sonst üblichen Splitterschutzgräben reguläre Luftschutzkeller, die von vier Baracken aus zugänglich und für 500 Personen ausgelegt waren. In mindestens zwei, vermutlich aber auch in anderen Baracken, waren Toilettenanlagen vorhanden. Waschräume hingegen befanden sich nur im Wirtschaftsgebäude in der Mitte des Barackenlagers. Die Baugenehmigung enthielt die Bedingung, dass die Bewohner der südlich angrenzenden Kleingartenkolonie am Rande des Lagers entlang einen Durchgang zur nächsten, nördlich gelegenen Einkaufsstraße erhielten. Zwischen Barackengelände und Laubenkolonie lagen sechs Meter. Das Lager war von seiner Umgebung durch einen Maschendrahtzaun abgetrennt, auf dem Stacheldraht angebracht war. Am 4. Oktober 1943 standen bereits drei Baracken, vier Monate später sind auf einem Luftbild weitere zwei Baracken und die Wirtschaftsbaracke erkennbar. Dann stockte der Bau aber aus unbekannten Gründen: Das Lager wurde erst zwischen Februar und November 1944 teilweise in Betrieb genommen. Selbst nach Kriegsende fehlten in zwei Baracken noch die Fußböden.

»Italienerlager«. Zwangsarbeit auf GBI-Baustellen und Vermietung an andere Firmen

Der GBI errichtete Wohnlager für ausländische Arbeitskräfte, die er selbst beim Luftschutz- und Lagerbau oder zur Trümmerbeseitigung nach Luftangriffen einsetzte. Ein solches Lager war das auch als »Italienerlager« bezeichnete Doppellager 75/76: Nach einer Belegungsliste vom 6. November 1944 waren im GBI-Lager 75/76 435 italienische Bauarbeiter untergebracht. Daneben vermietete der GBI Bettenplätze in seinen Lagern an andere Betriebe, in Schöneweide etwa an den Wehrwirtschaftsbetrieb »Berliner Präzi-

sionsdreherei Albert Pierburg KG« und an das nahe gelegene Reichsbahnausbesserungswerk. Die Normalbelegung des Lagers wurde auf der genannten Belegungsliste mit 534 Personen angegeben. In einem anderen Dokument, wird – ohne Nennung eines Zeitpunkts – die Belegung von sechs Baracken mit 250 Italienern, Belgiern und Franzosen angegeben. Ehemalige Anwohner sprechen aber auch von sowjetischen und polnischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen. In einer Lohnliste der GBI-Abteilung II/6 vom Januar 1945 sind 17 Personen, darunter zwei Frauen, mit italienisch und flämisch klingenden Namen überliefert, die vermutlich in der Lagerverwaltung oder der Küche arbeiteten.

Die im »Italienerlager« untergebrachten Zwangsarbeiter waren entweder ursprünglich freiwillig zugewanderte Zivilarbeiter, denen die Rückkehr nun verwehrt wurde, oder – und dies ist wahrscheinlicher – in den Zivilstatus überführte Militärinternierte. Nachdem Marschall Badoglio im Juli 1943 die Regierung Mussolini abgesetzt und im September einen Waffenstillstand mit den Alliierten geschlossen hatte, wurden alle italienischen Soldaten gefangen genommen.

Als sogenannte Militärinternierte wurde ihnen der von der Genfer Konvention geschützte Kriegsgefangenenstatus verwehrt. Rund 600 000 Militärinternierte (IMI) wurden in die Lager im Deutschen Reich und den besetzten Gebieten verschleppt und zur Zwangsarbeit eingesetzt; viele von ihnen kamen auch nach Berlin. Auf der politisch-rassistischen Diskriminierungsskala der Nationalsozialisten waren die ehemaligen Verbündeten nun plötzlich ganz weit unten angesiedelt; die deutsche Bevölkerung beschimpfte sie als »Verräter« und »Badoglios«. Im Herbst 1944 wurden sie auf Drängen von Rüstungsminister Speer im Zuge des Erlasses zum »Totalen Kriegseinsatz« in ein Zivilarbeitsverhältnis überführt. Heute wird dieser Statuswechsel von der Bundesregierung als nicht wirksam betrachtet, so dass etwa 90 000 Überlebende als Kriegsgefangene gelten und damit von den Zahlungen nach dem Entschädigungsgesetz ausgeschlossen bleiben.

KZ-Außenkommando. Ravensbrücker Frauen bei der Batteriefabrik Pertrix

In Niederschöneweide befand sich neben fast 20 zivilen Zwangsarbeiterlagern auch ein KZ-Außenkommando – eines von über 30 Außenlagern allein in Berlin. Die durchweg weiblichen Häftlinge stammten aus Belgien, Frankreich, Polen und den Niederlanden. Die polnischen Häftlinge waren Ende Juli 1944 aus dem Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau zunächst nach Ravensbrück und Ende August in das Außenlager Berlin-Zehlendorf verlegt worden. Die anderen Häftlinge wurden am 3. September 1944 gemeinsam in einem sogenannten Sondertransport zunächst in das Konzentrationslager Ravensbrück deportiert und kurze Zeit später ebenfalls nach Zehlendorf überstellt. Dort stellten die Häftlinge Fallschirme bei der Spinnstoff-Fabrik Zehlendorf her. Im November zog das gesamte der Verwaltung des Konzentrationslagers Sachsenhausen unterstehende Außenlager nach Niederschöneweide um.

Hier wurden die Häftlinge in einem umgebauten Bootsschuppen am Spreeufer untergebracht. Er befand sich auf dem Gelände der ehemaligen Ausflugsgaststätte »Loreley« an der damaligen Berliner Straße (heute Schnellerstraße), das inzwischen vom Wehrwirtschaftsbetrieb »Gebrüder L'Orange Motorzubehör« genutzt wurde. Die Frauen mussten bei der Firma Pertrix Batterien herstellen und dabei in zwei Schichten zu je zwölf Stunden ohne jeden Schutz mit ätzenden Säuren hantieren. Die Batteriefabrik Pertrix gehörte zur

Akkumulatorenfabrik AG (AFA), die in der nahe gelegenen Sedanstraße (heute Bruno-Bürgel-Weg) sowie in Berlin-Oberschöneweide, Hagen und Hannover-Stöcken Akkumulatoren herstellte. Während die Werke in Schöneweide nach 1945 verstaatlicht wurden, produzierte der von der Industriellenfamilie Quandt beherrschte AFA-Konzern in der BRD unter dem Namen VARTA weiter.

Nachdem die Unterkunft des KZ-Außenkommandos am 24. Februar 1945 bombardiert und dabei vollständig zerstört wurde, wurden etwa 200 Häftlinge in das nahegelegene Lager 75/76 verlegt; die übrigen Frauen kamen in ein Nebenlager nach Köpenick oder nach Sachsenhausen. Im GBI-Lager belegten die KZ-Häftlinge zwei Baracken einer Lagerhälfte; die restlichen vier Baracken dieses Teils des Lagers waren zu diesem Zeitpunkt unbelegt. Die Häftlinge trugen schwarz-weiß gestreifte Kleidung mit einem Kreuz auf dem Rücken. Die SS-Aufseherinnen begleiteten sie zur Arbeitsstelle und bewachten sie während der Arbeit. Das weibliche SS-Personal aus Ravensbrück blieb während der ganzen Zeit in Zehlendorf und Niederschöneweide unverändert; nur der männliche Kommandant wurde ausgetauscht.

Am 20. April 1945 brachte die SS die Häftlinge ins Konzentrationslager Sachsenhausen, dessen Evakuierung zu diesem Zeitpunkt bereits begonnen hatte. Janina W., die als KZ-Häftling im Lager 75/76 untergebracht war, wurde am 2. Mai 1945 von der amerikanischen Armee in der Umgebung von Schwerin befreit.

Denkmalschutz für das gesamte Ensemble

Unmittelbar nach Kriegsende wurde eine Baracke abgerissen, zwölf Massivbaracken und die Wirtschaftsbaracke in der Mitte des Lagergeländes blieben erhalten. Ihr Zustand wird im November 1945 als »beschädigt« beschrieben. Zunächst nutzte die Rote Armee einige Baracken, offenbar als Lebensmittelmagazin. Dann wurde – und wird bis heute – eine Hälfte des ehemaligen Lagers von kleinen Werkstätten und Autohändlern, einer Sauna, einer Kindertagesstätte und der Kegelhalle »Völkerfreundschaft« genutzt; im anderen Teil richtete das Impfstoffinstitut der DDR Labors und Büros ein.

Da die massiv gebauten Steinbaracken den Bedürfnissen genügten, blieb die Bausubstanz im Wesentlichen erhalten. An einigen Mauern sind die ursprünglich unverputzten Hohlblocksteine noch gut erkennbar; in den Kellern sind noch Wandinschriften der Zwangsarbeiter erhalten. Neue Fenster, Zentralheizung und veränderte Raumaufteilung haben die Baracken im Innern verändert.

Dennoch ist der lagerartige Charakter der Anlage noch deutlich erkennbar. Wichtiger als die Einzelbaracke ist das Ensemble, das eindrucksvoll die wohl wichtigste und typischste Architekturform des Nationalsozialismus zeigt: das Barackenlager. Der Blick aus den Barackenfenstern hinauf zu den Balkonen der Nachbarhäuser veranschaulicht darüber hinaus das spezifische Merkmal der Zwangsarbeit: Mehr noch als die anderen Verbrechen des Nationalsozialismus geschah die Ausbeutung und rassistische Diskriminierung von allein in Berlin über einer halben Million Zwangsarbeiter direkt vor der Haustür der Berliner. Über 1 000 Zwangsarbeiterlager in Baracken, Gaststätten, Bootsschuppen, Wohnungen und Fabrikhallen überzogen die Reichshauptstadt Berlin.

Als letztes komplett erhaltenes Lager steht das gesamte, 3,3 ha große Ensemble seit 1995 unter Denkmalschutz. Aber: Ohne eine öffentlich sichtbare und offiziell abgesicherte Erinnerungsarbeit läuft der Denkmalschutz ins Leere, sind die teilweise leer stehenden

Baracken dennoch von Verfall und Abriss bedroht. Immer wieder werden Begehrlichkeiten laut, von einem zeitweise geplanten Schulneubau bis hin zu den Verkaufsräumen eines ansässigen Autohauses, das 1995 eine gläserne Schaufenster-Fassade auf dem Gelände errichtete und in der Folgezeit auch eine Baracke abriß. Seit September steht nun der Lagerteil im Bundesbesitz zum Verkauf – mit höchst ungewissen Folgen für die Zukunft des Denkmals.

Initiativen und Aktivitäten

Mehrere in einem Förderkreis zusammengeschlossene Initiativen möchten in den leer stehenden Baracken ein Dokumentations- und Begegnungszentrum zur NS-Zwangsarbeit einrichten. Eine von ihnen ist die Berliner Geschichtswerkstatt e. V., die seit über 20 Jahren die Berliner Geschichte erforscht und dazu Bücher veröffentlicht und Ausstellungen sowie Dampferfahrten veranstaltet. Seit 1994 arbeitet eine Projektgruppe der Berliner Geschichtswerkstatt auf überwiegend ehrenamtlicher Basis zum Thema Zwangsarbeit im nationalsozialistischen Berlin und Brandenburg. Sie erforscht die Geschichte des GBI-Lagers in Schöneweide, aber auch anderer Orte der Zwangsarbeit in und um Berlin. Sie setzt sich frühzeitig für eine finanzielle Entschädigung ein, u.a. durch öffentliche Appelle und durch Recherchen nach Nachfolgefirmen von Zwangsarbeitsbetrieben. Das Projektteam organisiert Begegnungsprogramme und entwickelt pädagogische Materialien. Es sammelt Dokumente, Erinnerungen und Fotos in einem Spezialarchiv. Bücher, Vorträge, Führungen, Ausstellungen und die Internetseite www.berliner-geschichtswerkstatt.de präsentieren die Arbeitsergebnisse der Öffentlichkeit.

Das biografisch orientierte Spezialarchiv umfasst derzeit über 1 000 Fotos von ehemaligen Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen. Dazu kommen rund 90 Briefe aus Weißrussland und der Ukraine, rund 65 Briefe aus Tschechien und über 200 Briefe aus Polen. Diese sehr persönlichen, teilweise erschütternden Erinnerungen sind übersetzt, teilweise sequenziert und verschlagwortet. In zwei Auswahlpublikationen sind Briefe und Fotos der Öffentlichkeit bereits zugänglich³. Verschiedene andere Studien nutzten die Materialien.⁴ Publikationen aus der Projektgruppe selbst liegen vor zu Fotografie und Zwangsarbeit, zum Frauen-Arbeitserziehungslager in Fehrbellin und – auf deutsch und polnisch – zum KZ-Außenlager von Bosch in Kleinmachnow.⁵ Während die Archiv- und Forschungsarbeit regional orientiert ist, sammelt die gut sortierte Spezialbibliothek einschlägige Publikationen, auch »graue Literatur«, aus dem ganzen Bundesgebiet. Die Geschichtswerkstatt hält darüber hinaus Kontakte zu anderen lokalen Initiativen und unterstützt die von Bernhard Bremberger eingerichtete Mailingliste zur NS-Zwangsarbeit.⁶

1995 machte die erste Open-Air-Ausstellung vor Ort auf das »Vergessene Lager« in Schöneweide aufmerksam. Seit 2001 kämpft ein Förderkreis aus der Berliner Geschichtswerkstatt, dem Bund der Antifaschisten Treptow, dem Bezirksamt und der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick, dem Verein Kulturlandschaft Dahme-Spreewald e.V., dem Berliner Büro der Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter und anderer Projekte für die Einrichtung eines Dokumentations- und Begegnungszentrums zur NS-Zwangsarbeit in Schöneweide.

Gut sieben Jahre nach der »Entdeckung« des Lagers, am 27. Januar 2001, wurde gemeinsam mit der Grünen-Fraktion des Abgeordnetenhauses eine provisorische Gedenktafel am Zaun des Barackengeländes enthüllt. Kurz danach forderte das

Berliner Abgeordnetenhaus den Senat einstimmig auf, die Realisierung einer Informationsstelle zur NS-Zwangsarbeit zu prüfen. Laut Koalitionsvereinbarung vom Herbst 2001 unterstützt der SPD-PDS-Senat das Projekt – aufgrund der Finanznot Berlins bislang freilich nur ideell. Auch der Bezirk Treptow-Köpenick hat sich zu dem Projekt bekannt und am 11. Juli 2001 eine offizielle Gedenktafel aufgestellt. Weitere Informationen fehlen jedoch; das Gelände ist zwar von der Straße aus einsehbar, aber öffentlich nicht zugänglich. Für jede Führung muss die Geschichtswerkstatt einen neuen Vertrag mit dem Eigentümer abschließen, um den Schlüssel für wenige Stunden zu erhalten.

Im Rahmen des Sommerprogramms 2002 öffnete der Förderkreis das Gelände erstmalig für einige Monate der Öffentlichkeit und machte die leerstehenden Baracken – quasi testweise – zu einem lebendigen Erinnerungsort. Von 25. Juni bis 28. September fanden Führungen, Kunst- und Schülerprojekte, Zeitzeugenbegegnungen und Werkstattgespräche statt. Kleine Ausstellungen berichteten über die Zwangsarbeit im nationalsozialistischen Berlin und Brandenburg, über Begegnungs-Initiativen und Erinnerungs-Projekte. Geführte Rundgänge informierten über die NS-Zwangsarbeit im Allgemeinen ebenso wie über die Geschichte und die Zukunftspläne für diesen konkreten Ort. Zahlreiche Fragen und Anregungen zeigten ein großes Interesse der insgesamt rund 200 Teilnehmer an dieser lebendigen Spurensuche. Schüler und Schülerinnen des direkt neben dem Lager gelegenen Archenhold-Gymnasiums erforschten die Geschichte des Zwangsarbeiterlagers, das unmittelbar vor ihren Klassenzimmerfenstern liegt. Einer der Höhepunkte der Projektwoche war die Begegnung mit dem ehemaligen Zwangsarbeiter Bolesław Zajczkowski aus dem polnischen Łódź. Vorträge auf wissenschaftlichen Tagungen sowie im Rahmen des Berliner Denkmaltages machten überregional auf das Treptower Projekt aufmerksam.

Eine Gesprächsreihe mit Gedenkstätten-Experten und Initiativen entwickelte die pädagogische und gestalterische Konzeption für das geplante Dokumentations- und Begegnungszentrum weiter. Künstler und Künstlerinnen der Universität der Künste stellten Gestaltungsideen vor; Forscher und Museumsleiter drängten darauf, die Ergebnisse und Ausstellungsmaterialien des aktuellen Verbundprojekts von elf Berliner Regionalmuseen zur NS-Zwangsarbeit zu sichern.⁷ Nach Beendigung dieses ›Ausstellungszyklusses‹ soll die Ausstellung ihren ständigen Ort in einer der Baracken des Lagers Schöneweide finden. Immer wieder betont wurde die Bedeutung dieses authentischen, exemplarischen Ortes für die Erinnerung an den Nationalsozialismus im 21. Jahrhundert.

Vernetzte Erinnerungsarbeit und der authentische, exemplarische Ort

Derzeit ist die Zukunft des Ortes sehr unsicher. Das Bundesvermögensamt hat die in seinem Eigentum befindliche Hälfte des Geländes zum Verkauf ausgeschrieben. Sollte sich ein potenter Investor finden, ist der Bestand des Ensembles trotz Denkmalschutz in höchstem Maße gefährdet. Andererseits eröffnet dies auch eine Chance. Der Förderkreis strebt eine kontinuierliche Verfügungsmöglichkeit über das Gelände an und unterstützt die Bemühungen der Stiftung SPI, die Baracken zu erwerben und teilweise für ein Dokumentationszentrum zur Verfügung zu stellen. Unabhängig von der völlig ungeklärten Frage des Eigentums sowie der weiteren Finanzierung geht die

konzeptionelle ebenso wie die Forschungs- und Vermittlungsarbeit – im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten – weiter.

Baulich ist bei Bewahrung des Gesamtensembles zunächst geplant, in zwei Baracken Arbeits- und Ausstellungsräume des Dokumentationszentrums einzurichten und für die anderen vier leerstehenden Baracken eine angepasste, denkmalgerechte Nutzung zu finden. Denkbar wären etwa ein Jugendhotel oder Atelierräume. Architektonisch stellt sich hier – wie in anderen Gedenkstätten – die Frage eines historischen Rückbaus der Baracken mit Elementen der Rekonstruktion versus der Bewahrung des Status Quo inklusive aller Spuren der Nachkriegsnutzung. Zur Ideenfindung kooperiert die Berliner Geschichtswerkstatt derzeit mit einem Multimedia-Projekt der Berliner Fachhochschule für Technik und Wirtschaft. Im Rahmen eines Praxisseminars entwickeln Studentinnen und Studenten des Studiengangs »Angewandte Informatik« eine virtuelle, dreidimensionale Rekonstruktion des Barackengeländes, mit der verschiedene Varianten des zukünftigen Erscheinungsbildes digital durchgespielt und präsentiert werden können. Gleichzeitig testet diese interdisziplinäre Zusammenarbeit von Informatikern und Historikern didaktische Potentiale neuer Medien zur Veranschaulichung historischer Zusammenhänge. Sie bietet ein Beispiel für das angestrebte prozessuale Vorgehen bei der Errichtung des Dokumentationszentrums. Im Sinn einer »Projektwerkstatt« werden in Kooperation mit vielfältigen eigenständigen Projekten nach und nach die Bausteine zu einem Gesamtprojekt zusammengefügt.

Auch bei der Quellendokumentation, der Organisation von Begegnungen und der Bildungsarbeit wird wie bisher die Anregungs- und Vermittlungstätigkeit zu eigenen Initiativen in anderen Orten und Bezirken im Zentrum stehen. Schon in der Vergangenheit konnten die Kontakte mit den Betroffenen und die im Spezialarchiv gesammelten Informationen anderen Projekten helfen. So nutzt der Arbeitskreis Berliner Regionalmuseen die Archivalien der Berliner Geschichtswerkstatt für seinen umfangreichen Ausstellungszyklus zum Thema Zwangsarbeit.

Nur gemeinsam mit vielen engagierten Lokalhistoriker und -historikerinnen können Firmen- und Lagerlisten erarbeitet und interpretiert werden. Das Internet-Portal www.zwangsarbeit-in-berlin.de informiert nicht nur über das Lager in Schöneweide, sondern auch über andere Projekte in der Bundesrepublik.

In Charlottenburg, Hennigsdorf und Marzahn wurden Gedenktafeln und Erinnerungszeichen, in Tegel und Köpenick Künstlerprojekte initiiert oder unterstützt. Die gemeinsam mit ehemaligen Zwangsarbeiter durchgeführten Spurensuchen führen bis ins Berliner Umland und inspirierten Schulen und Kirchengemeinden in Fehrbellin oder Oranienburg zu Zeitzeugengesprächen und weiteren eigenen Aktivitäten. Auch die pädagogische Arbeit beschränkte sich nicht auf Rundgänge in Schöneweide, etwa zum Tag des Offenen Denkmals, oder auf Schulprojekte in Treptower Schulen. Vielmehr wurden auch eine studentische Exkursion zum Zwangsarbeiterverband nach Prag oder ein historischer Workshop für Betriebsräte der IG-Metall begleitet und unterstützt. Geplant ist ein Workshop mit italienischen Jugendlichen. Durch die Kooperation mit den nationalen Betroffenenverbänden kam es auch zu Veranstaltungen in Prag, Brunn, Warschau oder Łódź.

Klar ist aber: Diese bislang weitgehend ehrenamtlich geleistete Vernetzungsarbeit braucht einen räumlichen Kristallisationspunkt. Dies gilt für die Material- und Quellsammlung ebenso wie für Gedenkveranstaltungen oder pädagogische Programme. Der

authentische Ort steht nicht für sich alleine; ohne ihn hängen aber Schülerprojekte ebenso wie Begegnungen in der Luft. Erforderlich ist auch ein Mindestmaß an institutioneller Kontinuität, um die im vergangenen Jahrzehnt zusammengetragenen Erfahrungen, Kontakte, Materialien und Kompetenzen zu sichern. Vordringlich wäre hier für Berlin ein – in anderen Städten längst übliches – kontinuierliches Einladungsprogramm, das dem Wunsch der ehemaligen Zwangsarbeiter nach Wiederbegegnung mit den Orten ihrer verlorenen Jugend, aber auch nach symbolischer Anerkennung und Würdigung – über die finanzielle Entschädigung hinaus – entspreche.

Antirassistische Bildungsarbeit zum Thema NS-Zwangsarbeit

Antirassistische Bildungsarbeit soll zum eigenständigen Hinterfragen von rassistischen und autoritären Strukturen und Denkmustern anregen. Diesem Ziel muss als Mittel ein aktives und exemplarisches Lernen entsprechen, das auf die Gegenwart bezogen und multiperspektivisch ist. Das Dokumentations- und Begegnungszentrum zur NS-Zwangsarbeit strebt diese Ziele so an: Für das exemplarische Lernen bürgen die direkte Begegnung mit Zeitzeugen oder ihren biografischen Fotografien und Erinnerungen, die durch die Kooperation mit den Betroffenenverbänden und den Aufbau eines biografischen Spezialarchivs der Bildungsarbeit zur Verfügung stehen. Für das exemplarische Lernen steht ferner der authentische Ort des Zwangsarbeiterlagers Schöneweide, an dem sich trotz der im Detail noch bestehenden Forschungslücken beispielhaft verschiedene Aspekte der nationalsozialistischen Zwangsarbeit vermitteln lassen: Hier wird nicht nur die Geschichte dieser Baracken und ihres Vergessens, der italienischen Zwangsarbeiter und der KZ-Häftlinge, des GBI und einer Batteriefabrik erzählt; hier wird auch erlebbar und verstehbar, was in zehntausenden anderer Lagerstandorte in Deutschland geschah. Dazu müssen die zahlreichen Einzelforschungen zur Geschichte der zivilen Zwangsarbeiter – wenig gibt es zu Kriegsgefangenen – zusammengetragen werden. Detaillierte lokalhistorische Informationen, die per Datenbank recherchierbar sind, regen zu eigenständigen Spurensuchen nach diesen Lagern, Firmen, Friedhöfen oder Gefängnissen vor der eigenen Haustür ein. Für das aktive Lernen stehen daneben auch die Möglichkeiten, ein selbständiges Arbeitsergebnis zu erreichen, etwa Erinnerungszeichen vor Ort zu gestalten, eigene Internetseiten und Fotoausstellungen zu realisieren oder Kunst- und Theater-Workshops durchzuführen. Die Entwicklung von sozialen Kompetenzen hat dabei Vorrang vor der reinen Wissensvermittlung.

Das Thema NS-Zwangsarbeit ermöglicht vielfältige Bezüge zur gegenwärtigen Lebenswelt von Jugendlichen, etwa das gleiche Alter der damals jugendlichen Zwangsarbeiter, aber auch die heute noch aktuellen Probleme von Rassismus, Arbeitswelt, Migration und Entfremdung. Die Bildung eines eigenen Urteils erfordert die Konfrontation mit verschiedenen Rollen und Standpunkten (Opfer, Täter, Zuschauer, Historiker, Jugendlicher, Mann, Frau). Gerade die facettenreiche, tief in den Kriegsalltag der deutschen Bevölkerung und Bürokratie integrierte Geschichte der zivilen Zwangsarbeiter erlaubt hier besonders vielfältige und differenzierte Zugänge. Dem entspricht didaktisch eine Verbindung verschiedener Methoden und Medien wie Führung, forschendem Lernen, Zeitzeugengespräch und künstlerischer Gestaltung, die vielfältige, gut

Gabriele Layer-Jung
konzipierte für die
Berliner Regionalmuseen
die Ausstellung
»NS-Zwangsarbeit
1938–1945 in Friedrichs-
hain-Kreuzberg« und
hat für die Berliner
Entschädigungsbehörde
bei der Nachweissuche
für ehemalige Zwangs-
arbeiter gearbeitet.
Sie arbeitet nun
für die Berliner
Geschichtswerkstatt.
Cord Pagenstecher ist
seit 2001 Mitarbeiter
der Entschädigungs-
behörde des Landes
Berlin/Koordinierungs-
stelle zur Nachweissu-
che für ehemalige
Zwangsarbeiter. Seit
1989 ehrenamtliche
Tätigkeit für die
Berliner Geschichts-
werkstatt, u.a. für das
NS-Zwangsarbeiterlager
in Niederschöneweide.

aufbereitete pädagogische Materialien verlangen, wie sie etwa das Jugendmuseum Schöneberg entwickelt hat.

Erfahrungsgemäß dauert die Einrichtung einer Gedenkstätte in der Regel 15 bis 20 Jahre. Ein Konzept für das Dokumentationszentrum Schöneweide müsste also fragen: Wie kann Gedenkstättenarbeit im Jahr 2020 aussehen? Da keine Zeitzeugen mehr leben werden, müssen didaktisch aufbereitete Erinnerungsberichte die lebendige Begegnung ersetzen. Diese Zeugnisse können aber nur heute noch gesammelt werden. Internet und andere Medien werden zu selbstverständlich genutzten Informationsmitteln; gegenüber der realen Erfahrung des authentischen Ortes büßen sie aber ihre heutige Faszination ein. Infolge der weiter fortschreitenden Deindustrialisierung gehört Zwangsarbeit als Teil der Fabrikarbeit einer vergangenen, vielfach nicht mehr vorstellbaren Epoche an. Die Weiterentwicklung von Bio- und Gentechnik verleiht der Diskussion um rassistische Hierarchien erneut Aktualität. Infolge der Globalisierung und der europäischen Integration gewinnt der Themenkomplex Migration – Arbeit – Rassismus für die Geschichte der Zwangsarbeit an Bedeutung gegenüber dem historischen Kontext von Shoah und Weltkrieg. Forschung und Pädagogik werden das Thema Zwangsarbeit behutsam vergleichend und unterscheidend ausweiten und einbetten, ohne es aktuell zu instrumentalisieren. Eine besondere Bedeutung hat die NS-Zwangsarbeit für das Verhältnis zu den polnischen, tschechischen, russischen und ukrainischen Nachbarn – viele Jugendliche dort kennen das Thema aus Familienerzählungen. Im Zeichen der Europäisierung des Gedenkens braucht die Erinnerungsarbeit neben der Mehrsprachigkeit auch ein auf eine multinationale Zielgruppe abgestimmtes inhaltliches Konzept.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen verfolgt das geplante Dokumentations- und Begegnungszentrum folgende Ziele:

- 1 Bewahren: Erhaltung des Lagers als Gesamtensemble; Kennzeichnung, Öffnung und denkmalgerechte Nutzung des authentischen Ortes in seinem historischen Umfeld.
- 2 Information: Regelmäßige Rundgänge, Schülerprojekte und historische Spurensuchen; Einrichtung von Dauer- und Wechsellausstellungen, Seminarräumen und einer Infothek; Entwicklung pädagogischer Programme und Materialien.
- 3 Dokumentation: Ausbau der vorhandenen Spezialbibliothek und des biografisch orientierten Spezialarchivs; Bewahrung und Erschließung der gesammelten Archivalien, Fotos und Zeitzeugenberichte; Zusammenführung von Spezialinventaren zu einschlägigen Archivbeständen.
- 4 Vernetzung: Integration von Datenbanken zu Zwangsarbeiterlagern und -firmen für die lokalhistorische und pädagogische Spurensuche; Kooperation mit Forschungs- und Erinnerungsinitiativen im In- und Ausland; Beratungs- und Vermittlungstätigkeit für Kunst-, Gedenk- und Forschungsprojekte; Ausbau des Internet-Portals.
- 5 Begegnung: Einladungen von ehemaligen Zwangsarbeitern und deren Kindern; internationale Jugendbegegnung, Workcamps und Zeitzeugengespräche; Kontaktpflege mit Betroffenenverbänden im Ausland.
- 6 Gedenken: Schaffung eines würdigen, lebendigen Erinnerungsortes für Berliner und Berlinerinnen und ehemalige Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen.

Bis vor kurzem zählten die ZwangsarbeiterInnen zu den vergessenen Opfern des Nationalsozialismus. Nun ist endlich eine kleine finanzielle Entschädigung beschlossen – noch längst nicht vollständig realisiert –, aus der aber kein geschichtspolitischer

Schlussstrich werden darf. Vielmehr muss die Erinnerung an die NS-Zwangsarbeit bewahrt und in eine aktive, antirassistische Friedens- und Bildungsarbeit umgesetzt werden. Als wichtigster Rüstungsstandort des Dritten Reichs, als ehemalige Reichs- und heutige Bundeshauptstadt und als selbstverständene Brücke zu Osteuropa trägt Berlin dafür eine besondere Verantwortung. Keine der Berliner Gedenkstätten widmet sich explizit dem Thema Zwangsarbeit; nur wenige Gedenktafeln erinnern daran. Am authentischen Ort des letzten Berliner Lagers soll daher eine anschauliche Erinnerungs- und Begegnungsstätte eingerichtet werden. Das Land Berlin ist dafür ebenso gefordert wie der Bund und die deutsche Wirtschaft.

Informationen: www.zwangsarbeit-in-berlin.de
www.berliner-geschichts-werkstatt.de

- 1 Fünf Jahrzehnte nach Kriegsende, am 21.11.1994, lautete eine Überschrift in der »tageszeitung«: »NS-Lager entdeckt.«
- 2 Die Darstellung der Geschichte des Lagers stützt sich auf die Bestände »Der Generalbauinspektor der Reichshauptstadt« des Bundesarchivs Berlin und des Landesarchivs Berlin. Die Informationen zum KZ-Außenkommando stammen vom Archiv der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, dem Archiv der Gedenkstätte Sachsenhausen (LAG XI/4) und von Zeugenaussagen zum Ermittlungsverfahren polnischer Staatsanwaltschaften, Bundesarchiv Ludwigsburg (IV 406 AR 1886/68). Eine weitere Quelle zur Lagerbelegung fand sich bei der Dienststelle für Kriegsoffer, Dienst Archiv und Dokumentation, Brüssel (Anhang Nr. 83 des Endberichts Nr. 20, R 149/Tr. 76662). Dieser Bestand beruht auf Befragungen vor Ort, die der Belgische Nationale Suchdienst in der Zeit von 1946 und 1951 durchgeführt und dokumentiert hat. Es handelt sich dabei um subjektive Einschätzungen und Erinnerungen. Als Literatur wurden »Von Berlin nach Germania« von H. J. Reichhardt und W. Schäche, Berlin 2001, »Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangenenlager« von R. Kubatzki, Berlin 2001, »Abgeschlossene Kapitel« von S. Moller, M. Rürup, C. Trouvé (Hrsg.), Tübingen 2002 und »Zwangsarbeit für den »Verbündeten«« von G. Hammermann, Tübingen 2002 benutzt. Weitere Recherchen sind geplant. Auch die Suche nach Zeitzeugen wird fortgesetzt.
- 3 Berliner Geschichtswerkstatt (Hrsg.), Zwangsarbeit in Berlin 1940–1945. Erinnerungsberichte aus Polen, der Ukraine und Weißrussland, Erfurt 2000. Berliner Geschichtswerkstatt (Hrsg.), »Totaleinsatz« – Zwangsarbeit in Berlin 1943–1945. Tschechische Zeitzeugen erinnern sich, Berlin (Selbstverlag) 1998. Cord Pagenstecher, Privatfotos ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter – eine Quellensammlung und ihre Forschungsrelevanz, in: Meyer, Winfried / Neitmann, Klaus (Hrsg.), Zwangsarbeit während der NS-Zeit in Berlin und Brandenburg. Formen, Funktion und Rezeption, Potsdam 2001, S. 223–246.
- 4 Z. B. Leonore Scholze-Irrlitz/Karoline Noack (Hrsg.), Arbeit für den Feind. Zwangsarbeiter-Alltag in Berlin und Brandenburg (1939–1945), Berlin 1998.
- 5 Berliner Geschichtswerkstatt e.V. (Hrsg.), »Ich sah den Namen Bosch«. Polnische Frauen als KZ-Häftlinge in der Dreilinden Maschinenbau GmbH. Eine Dokumentation von Angela Martin, Berlin 2002. Cord Pagenstecher, AEL Fehrbellin. Ein Frauen-Straflager für Berliner Zwangsarbeiterinnen, in: Moller, Sabine/Rürup, Miriam/Trouvé, Christel (Hrsg.), Abgeschlossene Kapitel? Zur Geschichte der Konzentrationslager und der NS-Prozesse (Studien zum Nationalsozialismus in der edition diskord, Band 5), Tübingen 2002, S. 28–45. Cord Pagenstecher, Erfassung, Propaganda und Erinnerung. Eine Typologie fotografischer Quellen zur Zwangsarbeit, in: Reininghaus, Wilfried/Reimann, Norbert (Hrsg.), Zwangsarbeit in Deutschland 1939–1945. Archiv- und Sammlungsgut, Topographie und Erschließungsstrategien, Bielefeld/Gütersloh 2001, S. 254–266.
- 6 Vgl. www.zwangsarbeit-forschung.de.
- 7 Bernt Roder, Zwangsarbeit in Berlin – Ein Ausstellungsprojekt des Arbeitskreises Berliner Regionalmuseen; in: GedenkstättenRundbrief Nr. 108, August 2002

Lichtenburg – Vergangenheit und Zukunft

RENAISSANCESCHLOSS, KONZENTRATIONSLAGER,
GEDENKSTÄTTE

Stefanie Endlich

Selbst Experten der NS-Geschichte ist das Konzentrationslager Lichtenburg nicht sonderlich vertraut; vielen ist es überhaupt kein Begriff. Auf Übersichtskarten der Gedenkstätten zum KZ-System wird es meist vergessen. Dass sich im Schloss Lichtenburg eine KZ-Gedenkstätte befindet, ist ebenfalls wenig bekannt. Durch die Presse ging der Name, als sich in den letzten Jahren mehrfach Proteste gegen den geplanten Verkauf des Schlosses erhoben: »KZ zu verkaufen« (Der Spiegel, 2. 4. 2001). Die Ausschreibung der Bundesvermögensverwaltung begann mit den Worten: »Die Bundesrepublik Deutschland veräußert: Schloss Lichtenburg in Prettin an der Elbe, Landkreis Wittenberg, Land Sachsen-Anhalt. Bedeutendes dreiflügeliges Renaissanceschloss mit Schlosskirche der Nachgotik, ehemaliger Witwensitz sächsischer Kurfürstinnen...«.

Nicht nur die Presseberichte haben zur allmählichen Wahrnehmung des Konzentrationslagers Lichtenburg und seiner Gedenkstätte beigetragen. Ein zweiter Grund ist die stärkere Hinwendung von Forschern, Pädagogen und Geschichtsinteressierten zum frühen NS-Staat, in dem es um Machtetablierung, um Einschüchterung und Verfolgung der politischen Gegner und um den schnellen Aufbau eines umfassenden Repressionssystems ging.

Doch ist das KZ Lichtenburg mit dem Begriff »frühes Lager« nur unzureichend beschrieben. Im Unterschied zu fast allen anderen gleich nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten etablierten Konzentrationslagern, die binnen kurzer Zeit wieder aufgelöst wurden, bestand es von 1933 mit einer kurzen Unterbrechung bis zum Kriegsbeginn 1939. Zudem hatte es sowohl im System der frühen Lager als auch bei der dann folgenden Institutionalisierung und Reorganisierung des KZ-Systems unter der Inspektion der Konzentrationslager eine Schlüsselrolle inne. Hinzu kommt, dass es von 1937 bis 1939 das einzige Frauen-KZ im Deutschen Reich war. Bevor also über den gegenwärtigen Sachstand, über die Krise und die Versuche zur Neukonzeption berichtet wird, zunächst einige Informationen zur Entwicklung in der NS-Zeit und zur Entstehung der Gedenkstätte.

Geschichte des Schlosses

Das in seiner Substanz vollständig erhaltene und bauhistorisch interessante Schloss Lichtenburg in Prettin an der Elbe gehört zu den wichtigsten Renaissanceschlössern Mitteldeutschlands. Kurfürst August von Sachsen ließ es 1574 bis 1582 erbauen, mit einer wunderschönen spätgotischen Schlosskirche und einer eigenen Domäne. Nach hundertjährigem Leerstand wandelte man es 1812 unter napoleonischer Besatzung in ein Zuchthaus um. Für dessen Nutzung erweiterte man das ursprünglich dreiflügelige Bauensemble durch einen nördlichen Flügel, fügte 1879 einen separaten dreistöckigen Zellenbau im hinteren Teil der Schlossanlage und 1908 einen Werkstatt-Trakt hinzu, wodurch sich an der Rückseite des Schlosses ein zweiter, hinterer Schlosshof bildete.



Schloß Lichtenburg,
Museum, Prettin

1928 wurde das Zuchthaus wegen untragbarer baulicher Zustände aufgelöst. Nach nur fünf Jahren jedoch nahm man das Schloss wieder in Betrieb. Anlass war die Suche des preußischen Innenministeriums nach zusätzlichen Unterbringungsorten für Regimegegner. Im Juni 1933 wurde das »Sammellager« Lichtenburg mit einem Häftlingstransport aus Merseburg eröffnet, kurz darauf herrschte bereits Überfüllung. Mit 1600 männlichen Häftlingen war es im Juli belegt, mit 2000 im September 1933. Sie wurden aus verschiedenen Folterstätten, Polizei- und Justizgefängnissen hierher gebracht, zum Beispiel aus dem Emslandlager Börgermoor, aus dem KZ Oranienburg und dem Berliner KZ »Columbia«.

Neben den Emslandlagern als zentralem preußischen KZ-Komplex entstand hier für mehrere Jahre ein zweiter Lagerschwerpunkt in der Mitte des Deutschen Reiches. Immer wieder fungierte das KZ Lichtenburg als Sammel- und Verteilerstation zwischen Lagern, die aufgelöst und umorganisiert, und solchen, die neu errichtet und ausgebaut wurden. Aus diesem Grund ist es auch kaum mehr möglich, die Gesamtzahl der Häftlinge zu errechnen. Im August 1937 löste man das Männerlager auf und brachte die Gefangenen in das neu eingerichtete KZ Buchenwald. Der Grund war vermutlich, dass die baulich marode Schlossanlage weder modern noch erweiterungsfähig war. Das Schloss wurde nun als Frauenlager hergerichtet. Für eine Übergangszeit – denn der Bau Ravensbrücks war bereits Anfang 1938 beschlossen – diente es als zentrales und einziges Frauen-KZ des Deutschen Reiches. Im Dezember 1937 traf der erste Transport aus dem KZ Moringen ein. Etwa 1400 Frauen waren insgesamt bis zum Mai 1939 im KZ Lichtenburg eingesperrt.

Die Gefangenen der Anfangsphase waren vor allem politische Gegner des Regimes, vorwiegend Kommunisten, dazu viele Sozialdemokraten und politisch nicht-organisierte Bürger. Unter ihnen viele bekannte Persönlichkeiten des politischen und kulturellen Lebens der Weimarer Republik, Abgeordnete aller Parteien, Wissenschaftler, Anwälte, Künstler, zum Beispiel der Schauspieler Wolfgang Langhoff, die Politiker Wilhelm Leuschner, Carlo Mierendorff, Friedrich Ebert – Sohn des Reichspräsidenten –, Ernst Reuter, Theodor Neubauer, der Rechtsanwalt Hans Litten, der Schriftsteller Armin T. Wegner, der Rabbiner Max Abraham. Unter den Frauen zum Beispiel die jüdische Kommunistin Olga Benario, die Tänzerin und Sängerin Lotti Huber, die KPD-Reichstagsabgeordneten Lene Overlach und Lisa Ullich.

Ein großer Teil der aus politischen Gründen Inhaftierten war jüdischer Herkunft beziehungsweise jüdischen Glaubens. Die SS stufte sie als »Juden« ein. Gerade am Beispiel des KZ Lichtenburg wird exemplarisch deutlich, wie bereits beim frühen NS-Terror gegen politische Gegner antisemitische und rassistische Aspekte zum Tragen kamen, die auf die von den Nationalsozialisten geplante »Lösung der Judenfrage« und auf den Völkermord hinweisen. Später kamen viele »Kriminelle« in »befristeter Vorbeugungshaft«, Prostituierte und sogenannte Asoziale, nach dem »Röhm-Putsch« im Juli 1934 auch etwa 60 SA-Angehörige. Nach der Verschärfung des §175 war fast die Hälfte der Häftlinge als »Homosexuelle« registriert. Zeugen Jehovas, »Ernste Bibelforscher«, gab es schon seit 1933 im KZ Lichtenburg; unter den weiblichen Häftlingen bildeten sie zeitweise die Mehrzahl. Das wechselvolle Bild der Häftlingsgruppen im KZ Lichtenburg spiegelt die Etappen und die veränderten Schwerpunktsetzungen der Verfolgung im NS-Staat von 1933 bis 1939 und die Ausweitung der Verfolgung auf andere gesellschaftliche Gruppen.

Die Haftbedingungen waren hart, die SS behandelte die Gefangenen mit großer Brutalität: Einlieferungs-Schikanen, Überfüllung der Schlafsäle und Zellen, schreckliche hygienische Bedingungen, minderwertige Verpflegung, Zwangsarbeit in den Werkstätten, auf der Domäne, in der Stadt Prettin und in der Region. Misshandlungen waren an der Tagesordnung. Jüdische und homosexuelle Häftlinge wurden besonders schlecht behandelt. In einem Strafbunker, den man bereits zur Zeit des Zuchthauses im abgesenkten Erdgeschoss des historischen Schlosskomplexes eingerichtet und mit zwölf Zellen versehen hatte, wurden Arreststrafen und Quälereien vollzogen; Morde in den Zellen des »Bunkers« wurden als Selbstmorde ausgegeben. Zwanzig Todesopfer sind dokumentarisch belegt. Mit Sicherheit starben weitere an den Folgen der Misshandlungen.

In den ersten zwei Monaten wurde das Lager von zwei Schutzpolizei-Hundertschaften bewacht, danach von einem SS-Kommando. Die SS-Wachmannschaft bestand Anfang 1935 aus 335 Mann. 1936 zählte der in Schloss Lichtenburg stationierte »SS-Totenkopfsturmbann Elbe« 538 Mann, bei etwa 2 000 Prettiner Einwohnern. Während und nach der Zwischenphase einer schließlich gescheiterten »Direktorialverfassung«, in der die SS für die Bewachung, aber das preußische Innenministerium weiterhin für die Lagerverwaltung zuständig war, wird am Beispiel Lichtenburg die erzwungene Übertragung der Machtbefugnisse über die Lager von den zivilen Behörden auf die SS exemplarisch deutlich. Theodor Eicke, zuvor Kommandant des KZ Dachau, war vom Mai bis zum Juli 1934 Kommandant des KZ Lichtenburg. Kurz bevor er ins KZ Sachsenhausen wechselte, übernahm er die Leitung der neugeschaffenen zentralen Inspektion der Konzentrationslager. Zum 1. Juni 1934 führte Eicke im KZ Lichtenburg die Dachauer Lagerordnung ein, eine brutale Disziplinar- und Strafordnung, die er später auf alle



Schlosshof

bestehenden und neu gegründeten Konzentrationslager im nationalsozialistischen Machtbereich übertrug. Die Erfahrungen, die er im KZ Lichtenburg mit seinem »Dachauer Modell« machte, flossen in die Reglements des immer stärker institutionalisierten Lagersystems ein¹. Nach Auflösung des Frauenlagers wurde Schloss Lichtenburg als Kaserne von den SS-Totenkopfverbänden genutzt, seit 1941 als SS-Bekleidungslager, versorgt von einem Außenkommando des KZ Sachsenhausen. Dieses wurde für das seit 1942 im Schloss stationierte SS-Hauptzeugamt noch vergrößert. Nach Kriegsende quartierte man Flüchtlinge und Umsiedler ein, auch im Zellenbau und sogar im Bunker. In den fünfziger Jahren wurde das Schloss durch landwirtschaftliche Betriebe genutzt. Die Kirche diente als Getreidespeicher, die anderen Trakte des Schlosses zur Lagerung von Kartoffeln und anderen Produkten der LPG Prettin, zur Champignonzucht und als Werkstätten. Den westlichen Schlossflügel nutzte man bis nach 1990 als Lehrlingswohnheim.

Fotos im Archiv der Gedenkstätte zeigen in den späten vierziger Jahren große Gedenkfeiern. Sie fanden damals im hinteren Hof statt, dem Werkstattthof, zu diesem Anlass von Menschen dicht gefüllt. Die Fassade des Zellenbaus war mit Transparenten behängt. In den folgenden Jahren wurde es ruhiger um Schloss Lichtenburg. Die siebzehn SED-offizielle Politik war auf die drei großen Nationalen Mahn- und Gedenkstätten konzentriert und gab dem Engagement der Überlebenden für Erinnerungsstätten an den anderen ehemaligen Lagerorten nur wenig Unterstützung.

Eine erste Gedenkstätte entstand 1965 im »Bunker«. 1978 wurde in drei ehemaligen Häftlingsschlafräumen eine Dauerausstellung zur KZ-Geschichte eröffnet. Der erste Raum widmet sich der Geschichte des Schlosses (»Kerker der Reaktion«) von den Anfängen bis 1933 sowie der Geschichte der Revolution von 1848, des Sozialismus und der Arbeiterbewegung. Der zweite befasst sich mit der NS-Zeit bis 1937, teils speziell



»Bunker«, März 2000

auf das KZ Lichtenburg, teils auf ganz Deutschland bezogen. Der dritte behandelt die Geschichte des Frauen-KZ, den Widerstand gegen das NS-Regime allgemein und besonders der KPD und zum Schluss die Themen Todesmärsche, Befreiung, Strafverfolgung und DDR-Geschichte.

Die KZ-Gedenkstätte ist Teil des 1974 eingerichteten »Kreismuseums Schloss Lichtenburg«, das mehrere Trakte und Etagen nutzt. Es ist das einzige Museum im Landkreis zur Geschichte der Region vom Mittelalter bis in die Gegenwart, mit einem interessanten Raum zur DDR-Geschichte. Die Zukunft dieses Museums ist ungewiss, da der Landkreis Lutherstadt Wittenberg, der es nach dem Ende der DDR übernahm, sich nicht mehr zur Weiterfinanzierung imstande sieht.

Ansätze zur Neukonzeption

Auch nach 1990 wurde die KZ-Gedenkstätte nicht wesentlich verändert. Das Buch des Historikers Klaus Drobisch »Konzentrationslager im Schloss Lichtenburg« aus dem Jahr 1977 konnte ohne die ideologische Einengung der DDR-Zeit neu erscheinen (Wittenberg 1997). Die Dauerausstellung gibt jedoch – zwölf Jahre nach dem Ende der DDR kaum fassbar und fachlich wie politisch unverantwortlich – immer noch das damalige einseitige Geschichtsbild der SED-Politik wieder. Man entfernte nur das Ausstellungskapitel zum Vergleich von Bundesrepublik und DDR und fügte eine Sondertafel zu den Zeugen Jehovas hinzu, was wiederum den Eindruck neuerer Überarbeitung erweckt. Den Bemühungen, Besucherbetreuung, pädagogische Angebote und Archivsituation zu verbessern, waren bisher enge Grenzen gesetzt. Während das Schlossmuseum zur DDR-Zeit bis zu fünfzehn Mitarbeiter hatte, verringerte sich bis zur Jahrhundertwende der Personalbestand auf die amtierende Museumsleiterin Kerstin Drabow, die nicht nur für die KZ-Gedenkstätte, sondern für das gesamte Museum mit seinen um ein



Das Innere des Zellenbaus, März 2000

Vielfaches umfangreicherer Räumen zuständig ist, und einen Hausmeister. Trotz ihres Engagements kann so eine fundierte Bildungs- und Vermittlungsarbeit, wie sie an anderen, auch an kleinen KZ-Gedenkstätten geschieht und längst unverzichtbar ist, nicht zustande kommen.

Als früheres Reichsvermögen wurde Schloss Lichtenburg nach dem Einigungsvertrag Eigentum der Bundesrepublik Deutschland. Somit kam es 1993 in die Verwaltung des Bundesvermögensamtes, das bisher allein anderthalb Millionen Euro für baulichen Notunterhalt zahlen musste. Da die Bundesregierung das Schloss »für Zwecke des Bundes (als) entbehrlich« ansah, »keine positiven Einnahmen aus der Vermietung zu erzielen waren« und »umfangreicher Bauunterhaltungsaufwand zur Sanierung der zum Teil schadhaften Bausubstanz erforderlich« sei, beauftragte sie die zuständige Oberfinanzdirektion Magdeburg, die Liegenschaft zum Verkauf auszuschreiben (Bundestagsdrucksache 14/4475).

Dies geschah, nachdem alle Anstrengungen gescheitert waren, eine Alternative zur Privatisierung zu finden. Aufgrund der hohen anstehenden Restaurierungskosten für das unter Denkmalschutz stehende alte Gemäuer waren weder das Land Sachsen-Anhalt noch deren Stiftung »Schlösser, Burgen und Gärten« noch der Landkreis bereit, das Schloss zu übernehmen.

Auch diverse Ideen für neue Nutzungskonzepte, zum Beispiel für ein Hotel oder Begegnungszentrum, ließen sich nicht erfolgreich präzisieren. Prettin an der Elbe mit seinem historischen Stadtkern, zwischen Wittenberg und Torgau gelegen, ist zwar landschaftlich reizvoll, liegt jedoch in einer strukturschwachen Region, ist verkehrsmäßig ungünstig angebunden und von der touristisch frequentierten »Deutschen Alleenstraße« und dem Elbe-Radweg auf der anderen Seite des Flusses nur mit der Fähre zu erreichen.



Colloquium,
Januar 2000

Die Verkaufsabsicht brachte Schloss Lichtenburg in die öffentliche Diskussion und rief Empörung hervor. Als bekannt wurde, dass die KZ-Gedenkstätte mit betroffen war und zudem deren Ausstellungsräume aus dem Museumskomplex herausgelöst und in ungeeignete, dunkle Nebenräume des »Bunkers« verlagert werden sollten, protestierte die Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis gemeinsam mit Angehörigen ehemaliger Häftlinge.

Auf einer Podiumsdiskussion im Oktober 1998 erreichte sie die Einstellung der bereits begonnenen Umbaumaßnahmen. Unterstützt wurde der Protest vom IVVdN (Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener), der schon seit 1994 auf Probleme der KZ-Gedenkstätte aufmerksam gemacht hatte, von der HUK (der Ökumenischen Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche) und dem Landesverband Jüdischer Gemeinden Sachsen-Anhalt.

Die Arbeitsgruppe der KZ-Gedenkstätten tagte im März 2000 im Schloss Lichtenburg und formulierte Forderungen zur zukünftigen Gedenkstättenkonzeption und zu »gedenkstättenverträglichen« Nutzungen der Gesamtanlage. Peter Fischer, Beauftragter des Zentralrats der Juden in Deutschland für die neuen Bundesländer, entwickelte Ideen zum inhaltlichen Profil der neuen Gedenkstätte und Strategien zur schrittweisen Sanierung des maroden Zellenbaus.

In einer Bundestags- und zwei Landtags-Anfragen appellierte die PDS an die Verantwortung der öffentlichen Hand für die KZ-Gedenkstätte und forderte deren Übernahme in die Landesträgerschaft. Sachsen-Anhalt war zwar nicht bereit, zusätzlich zu den an NS-Opfer erinnernden Gedenkstätten Langenstein-Zwieberge, Bernburg und »Roter Ochse« auch noch die Gedenkstätte Lichtenburg zu übernehmen, sicherte jedoch Unterstützung und finanzielle Förderung zu. Die Bundesregierung versprach, dass »bei der beabsichtigten Veräußerung... der Fortbestand der Gedenkstätte zur



Dauerausstellung,
März 2000
Alle Abbildungen:
Stefanie Endlich

Bedingung gemacht und grundbuchlich abgesichert werden« soll und dass nur ein Käufer in Frage komme, dessen Nutzungskonzept »auch mit Blick hierauf sachgerecht« sei.

Im Winter des Jahres 2000 erarbeitete die Autorin dieses Beitrages eine Konzeption für die zukünftige KZ-Gedenkstätte Lichtenburg. Der Auftrag kam vom Landkreis Wittenberg, zuständig für das Kreismuseum, die Finanzierung jedoch vom Land Sachsen-Anhalt. Im ersten Teil arbeitete sie die überregionale Bedeutung des damaligen Konzentrationslagers heraus:

- 1 In der Frühphase des NS-Staates war Schloss Lichtenburg das zentrale KZ im mittleren Deutschland.
- 2 Neben dem KZ Dachau, das von Anfang bis Ende der NS-Herrschaft bestand, war das KZ Lichtenburg das einzige Lager, das während der gesamten Periode von 1933 bis zum Kriegsbeginn 1939 existierte.
- 3 Es lässt exemplarisch die Etappen der frühen und mittleren KZ-Entwicklung des NS-Staates erkennen und spielte eine wichtige Rolle bei der Reorganisation und Institutionalisierung des KZ-Systems 1934/35.
- 4 In besonderer Weise stellt sich hier die Frage nach der gewaltsamen Zerstörung der Weimarer Republik. Deren politische und kulturelle Vertreter aus den verschiedenen politischen Strömungen stellen anfangs den Großteil der Häftlinge. In den Jahren danach wird hier die Ausweitung der Verfolgung auf andere Gruppen deutlich, die aus unterschiedlichen Gründen aus der nationalsozialistischen »Volksgemeinschaft« ausgegrenzt wurden.
- 5 Vom Ende 1937 bis zum Mai 1939 schließlich war Schloss Lichtenburg das einzige Frauen-KZ im Deutschen Reich.

Diese Merkmale des KZ Lichtenburg und seine besondere Rolle bei der Durchsetzung und Etablierung des nationalsozialistischen Macht- und Terrorsystems finden im Forschungsbereich zunehmend Beachtung, auch auf internationaler Ebene. Daraus

und aus der Authentizität des historischen Ortes ergibt sich das unverwechselbare Profil der KZ-Gedenkstätte und ihre Rolle in der deutschen Gedenkstättenlandschaft. In der Ausstellungs- und Vermittlungsarbeit kann die immer noch bestehende chronologische Lücke zwischen der frühen und der späteren KZ-Entwicklung geschlossen werden. Für das Thema Frauen-KZ ergibt sich hier eine wichtige Erweiterung und Ergänzung. Das KZ Lichtenburg bildete ein Verbindungsglied zwischen dem frühen Frauen-KZ Moringen und dem längst international bekannten Ravensbrück. Hierbei Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten, ist ein lohnendes Thema nicht nur für die KZ-Forschung, sondern auch für die verschiedenen Sparten der Frauenforschung.

Als authentischer Ort wiederum ist Lichtenburg in der deutschen Gedenkstättenlandschaft einmalig. Zum einen gibt es kein Schloss und kein aufgegebenes Zuchthaus, das über einen so langen Zeitraum als Konzentrationslager genutzt wurde. Dabei ist hervorzuheben, dass die gesamte Schlossanlage zum KZ umgewidmet wurde, nicht nur besondere Bereiche wie der Strafbunker und der preußische Zellenbau. Zum anderen ist die Bausubstanz des Schlosses vollständig erhalten. So bietet sich die Möglichkeit, die verschiedenen Orte und Räumlichkeiten der KZ-Haft bei einem Rundgang anzusehen. Voraussetzung ist die Kennzeichnung der verschiedenen einstigen KZ-Situationen in den Außenbereichen, aber auch im Inneren und ihre Zugänglichkeit für Besucher auch nach einer eventuellen Privatisierung des Schlosses. Schließlich stellt der Zusammenhang mit dem Kreismuseum eine besondere Chance dar. Dessen Angebote legen es nahe, die zukünftige Gedenkstättenarbeit im übergreifenden sozialgeschichtlichen und mentalitätsgeschichtlichen Zusammenhang zu entwickeln, wie es zum Beispiel im Kreismuseum Wewelsburg erfolgreich gemacht wurde.

Auf der Grundlage dieser Gedanken entstand im zweiten Teil des Gutachtens eine Konzeptentwicklung für eine »aktive«, professionell betreute KZ-Gedenkstätte, die sich auf dem Niveau des wissenschaftlichen Forschungsstandes und des Gedenkstätten-Diskurses befindet. Wesentlich hierfür sind historische Forschungen und Recherchen, Kooperationen mit den Verfolgten- und Betroffenen-Verbänden, die Entfaltung der Potentiale in der Stadt und der Region, die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Gedenkstätten-Geschichte und die realistische Konzeptentwicklung eines Aufgabenrahmens, der das Profil der zukünftigen Gedenkstätte deutlich werden lässt: für bessere räumliche Bedingungen, für neue Dauer- und Wechselausstellungen, für die Bewahrung des Gedenkortes »Bunker«, für Archiv, Pädagogik, Vermittlungs- und Öffentlichkeitsarbeit, für die schrittweise Instandsetzung und Einbeziehung des derzeit aus Sicherheitsgründen gesperrten Zellenbaus und nicht zuletzt – wegen des abgelegenen Standortes – für die Vernetzung mit den touristischen Angeboten der Region.

Der »Bunker« soll in jedem Fall als Gedenkort erhalten bleiben. Der Verbleib der zukünftigen KZ-Gedenkstätte in den jetzigen drei Räumen des nur durch eine Wendeltreppe zugänglichen ersten Obergeschosses jedoch ist schon deshalb nicht möglich, weil diese weder behindertengerecht zugänglich noch für zukünftige Gedenkstättenarbeit erweiterbar sind. Für eine sinnvolle neue räumliche Zuordnung entwickelten die Autorin dieses Beitrages und der Architekt Florian von Buttlar ein »ideales« Raumprogramm für eine kleine Gedenkstätte und untersuchten hierfür mehrere Alternativen der räumlichen Zuordnung:

zum einen den schon zuvor diskutierten Vorschlag, die KZ-Gedenkstätte im ersten und nach Möglichkeit auch im zweiten Stock des historischen Mittelflügels unter-

zubringen, oberhalb des Gedenk-Reliefs im vorderen Schlosshof, in Nachbarschaft des »Bunkers«;

zweitens die neue Idee, den an die Schlosskirche angrenzenden Flügel mit möglichst allen Etagen zu nutzen, wobei es sich anbietet, den Vortragssaal des Kreismuseums und den Kirchenraum selbst einzubeziehen und die derzeit auffällige Brückenverbindung zum später zu sanierenden Zellenbau zu aktivieren;

drittens die ebenfalls neue Idee, das gesamte Werkstattgebäude von 1908 und seinen zweiräumigen Anbau aus der DDR-Zeit im hinteren Schlosshof als Gedenkstätte zu nutzen, diese durch eine große Glasfront zum Hof, zu den historischen Schlossflügeln und zum Zellenbau hin zu öffnen und ihr eine separate Erschließung zu verschaffen.

Die vom Landkreis zunächst in die Wege geleitete, dann durch Proteste gestoppte Variante, einige an den »Bunker« angrenzende Räume auszubauen, wiesen die Autoren zurück als ungeeignet für Gedenkstättenarbeit, zu klein und atmosphärisch bedrückend. Die drei anderen Konzept-Alternativen wurden im Sommer 2001 von Sroka Architekten mit Florian von Buttlar in einem Modernisierungs- und Sanierungsgutachten untersucht, mit Prüfung der Bausubstanz und entwurflicher Umsetzung des Raumprogramms. Dabei stellte sich heraus, dass die geschätzten Kosten für alle drei Umbau-Varianten nicht wesentlich differierten. Allerdings sind die Bauarbeiten im denkmalgeschützten Schloss immer mit Unwägbarkeiten belastet, gerade wenn es sich um komplizierte Erschließungsmaßnahmen, um Aufzugseinbauten, Raumdurchbrüche und zusätzliche Treppen handelt.

In einem Hearing im Januar 2002, zu dem trotz Schnee und Eis etwa 80 Teilnehmer in das abgelegene Schloss gekommen waren, wurden die neue Gedenkstättenkonzeption und die räumlich-baulichen Alternativen vorgestellt und diskutiert. Das Konzeptions- wie auch das Baugutachten trafen auf breite Zustimmung. Die konstruktive Atmosphäre dieses Tages ließ noch nichts von den Auseinandersetzungen der Folgemonate spüren. Mehrere Anwesende sprachen sich für die Realisierung der ersten Variante oberhalb des »Bunkers« aus, mit der sie sich – aufgrund der prominenten Lage im vorderen Schlosshof – größere Aufmerksamkeit der Besucher für die Gedenkstätte erhofften. Eine größere Zahl präferierte die Variante des zur Kirche gelegenen Flügels, dessen Räume von besonderem architektonischen Reiz sind und bei dem die Brückenverbindung zum Zellenbau dessen spätere Eingemeindung erleichtert. Dieser Trakt ist zwar etwas zurückgesetzt und nicht eng mit dem »Bunker« verbunden, aber baulich durchaus prägnant; gerade die Ansiedlung in einem zweiten, gesonderten Bereich könnte deutlich machen, dass das KZ sich damals in allen Teilen des Schlosses ausgebreitet hatte.

Ein ebenfalls größerer Teil der Anwesenden wiederum befürwortete die »Werkstattlösung«, weil sie als einzige ohne weitere Verzögerungen realisiert werden kann, während die erste Variante bei anderweitiger Nutzung der beiden historischen Flügel diese wie eine Barriere voneinander trennen würde. Insgesamt jedoch schienen die Teilnehmer des Hearings die Überzeugung der Gutachter zu teilen, dass grundsätzlich alle drei Varianten gute funktionale Voraussetzungen für zukünftige Gedenkstättenarbeit bieten. Thomas Veil, im Innenministerium von Sachsen-Anhalt für Gedenkstätten zuständig, versprach zum Abschluss, dass er gemeinsam mit dem Gedenkstättenbeirat des Landes und dem Landkreis möglichst schnell eine Entscheidung herbeiführen wolle.

Der gegenwärtige Konflikt

Dies geschah im Sommer 2002, nachdem ein Landtagsbeschluss im Frühjahr die Voraussetzungen geschaffen hatte. Angesichts der fortwährenden und vielleicht noch lange andauernden Ungewissheit über den Verkauf des Schlosses und seine zukünftige Gesamtnutzung und in Sorge um kostenaufwändige Komplikationen beim Ausbau der Schlossetagen einigte sich eine »Lenkungsgruppe« von Land und Landkreis auf die ebenerdige, räumlich autonome »Werkstattlösung«. Diese stieß jedoch auf unerwartet heftigen Protest von Seiten der Betroffenenverbände. Behauptet wurde, die Gedenkstätte sollte damit »aus dem authentischen Ort der Verbrechen herausgenommen und in einen unbedeutenden Anbau (ehemaliges Materiallager, Feuerwehrdepot und Wirtschaftsbetriebe) verlagert« werden (»Die Glocke vom Ettersberg« III/2002). Die PDS griff diesen Protest auf und behauptete, eine solche »Auslagerung der KZ-Gedenkstätte aus dem Schloss« sei »ein verheerendes Signal an die internationale Öffentlichkeit und dem Gedenken an die Opfer unwürdig« (Mitteldeutsche Zeitung, 7. 8. 2002).

IVVdN und Lagergemeinschaft entfalteten nun mit Unterstützung weiterer sieben Verbände eine breite Kampagne zur Ablehnung der »Vermarktung des Nazi-Konzentrationslagers« und der »Trennung der Gedenkstätte vom Schloss« (2. 8. 2002), die von Vertretern internationaler Vereinigungen, Institutionen und Medien in Unkenntnis der bisherigen differenzierten Sachdiskussion unterstützt wurde und so umso gewichtiger erschien. Dass Mitglieder eben dieser Betroffenenverbände sowie Sigrig Jacobeit, die Leiterin von Ravensbrück, Peter Fischer vom Zentralrat der Juden in Deutschland, Edzard Reuter, Sohn des SPD-Politikers Ernst Reuter, und die beim Hearing anwesenden Gedenkstättenexperten sich für die »Werkstattlösung« ausgesprochen hatten, wurde hingegen verschwiegen; der Protest wurde als »einhellig« bezeichnet. Schließlich schrieb der IVVdN sogar, der Werkstattflügel sei »kein authentischer Ort«, und die auf historischen Fotos zu sehenden Menschengruppen seien keine Häftlinge vor der Werkstatt, sondern »Neuankömmlinge, die noch keine Häftlingskleidung tragen« (IVVdN, 30. 11. 2002) wobei tatsächlich die Lichtenburg-Häftlinge gar keine Häftlingsuniformen trugen, sondern alte Drillichkleidung oder ausgediente Polizeiuniformen.

Gerade im Gedenkstätten-Bereich wird seit vielen Jahren eine ernsthafte, teils höchst kontroverse Fachdiskussion um den Begriff der Authentizität geführt. Hier scheint es jedoch, als würde daraus ein Kampfbegriff gemacht, der eine einvernehmliche Lösung verhindern und stattdessen den Verbänden ein heldenhaft-unbeugsames Image verleihen soll. Zahlreiche Häftlingererinnerungen sowie die Zeichnung des Gefangenen Fritz Kleine (abgedruckt im zuvor erwähnten Buch von Klaus Drobisch) belegen, dass der die Schlossanlage nach Norden hin abschließende Trakt mit Schmiede, Zimmerei, Geräteschuppen und Feuerwehrdepot integraler Teil des KZ-Alltags war, unmittelbar angrenzend an den gefürchteten Latrinen-Bereich, wo Strafkommandos eingesetzt waren und vor allem Juden und prominente Häftlinge wie Ernst Reuter und Olga Benario systematisch erniedrigt wurden. Die Gutachten wiederum zeigen, dass die »Werkstatt-Variante« besondere räumliche Qualitäten birgt, die bei sensibler Umbau- und Ausbauplanung die neue Gedenkstätte zu einem besonderen Ort machen können.

Stattdessen haben sich die Fronten verhärtet. Zu befürchten ist, dass dieser rational schwer nachvollziehbare Konflikt, der zu einer weiteren Landtagsdebatte im November und einer Anhörung des Innenausschusses im Dezember führte, die für

2003 vorgesehenen Umbaumaßnahmen verzögern oder gar in Frage stellen könnte. Für das Schloss hat sich, wie abzusehen, noch kein Investor gefunden; er müsste mit rund 35 Millionen Euro Sanierungskosten rechnen und wäre verpflichtet, die KZ-Gedenkstätte zu berücksichtigen. Die Zukunft des Kreismuseums ist nach wie vor ungewiss. Zusammen mit der KZ-Gedenkstätte hatte es bisher jährlich 5 000 bis 7 000 Besucher. Museum und Gedenkstätte sind aufeinander angewiesen: Eine Museums-schließung würde die Besucherzahlen stark verringern; eine professionelle und vernetzte Gedenkstätte mit Bildungs- und Gruppenangeboten könnte sie kräftig erhöhen. In dieser schwierigen Lage nützen konstruktive Ideen und Utopien der Sache mehr als ultimative Forderungen. Eine engagierte, interdisziplinäre Gruppe von 26 Studenten aus alten und neuen Bundesländern hat sich zur Jahreswende als »Arbeitskreis Schloss Lichtenburg« zusammengefunden, um gemeinsam mit Edzard Reuter, Peter Fischer und anderen die Gedenkstättenerneuerung zu unterstützen und ein Konzept für den Zellenbau zu erarbeiten.

Illusorisch ist die Forderung der Verbände, das ganze Schloss sollte als Gedenkort erhalten werden. Stattdessen kommt es darauf an, die wesentlichen einstigen KZ-Situationen zu markieren und öffentlich zugänglich zu halten, was schwierig genug sein wird. Für die zukünftige KZ-Gedenkstätte rechnet man mit einem Raumbedarf zwischen 600 und 900 Quadratmetern; das Schloss hat rund 23 000 Quadratmeter Nutzfläche, wovon derzeit das Kreismuseum rund ein Viertel belegt und der Rest leer steht. Das Land Sachsen-Anhalt, von dem bisher die einzige finanzkräftige Unterstützung für die Erneuerung der Gedenkstätte kam, hat seine Bereitschaft erklärt, die Mittel für Umbau und Neukonzeption zur Verfügung zu stellen, allerdings nur für die »Werkstattlösung«. In den Haushalten der kommenden Jahre ist das bereits berücksichtigt. Je mehr Zeit vergeht, desto schwieriger wird es, hierfür auch Bundesmittel in Anspruch zu nehmen. Die noch vor kurzem durchaus realistische Aussicht, unter schwierigen Bedingungen einen Neuanfang zu machen, darf nicht zerredet und verspielt werden. Die Chance, schnell zu handeln, bevor Politik und Verwaltung sich wieder zurückziehen, sollte unverzüglich ergriffen werden.

Dr. Stefanie Endlich, freie Publizistin und Mitarbeiterin in zahlreichen Kunst- und Erinnerungsprojekten, hat für das Land Sachsen-Anhalt eine Konzeption für die Gedenkstätte in der Lichtenburg erarbeitet.

1 Zur KZ-Geschichte siehe: Stefanie Endlich, Die Lichtenburg 1933–1939. In: Herrschaft und Gewalt. Frühe Konzentrationslager 1933–1939. Band 2 der Reihe Geschichte der Konzentrationslager 1933–1945. Hrsg.: Wolfgang Benz, Barbara Distel, Metropolis Verlag Berlin 2002, S. 11–64.

Der Geschichtsort Villa ten Hompel in Münster

EINE DIDAKTISCHE SCHNITTSTELLE
ZWISCHEN GESCHICHTE UND GEGENWART

Alfons Kenkmann

»Heute, da die Generation der Zeitzeugen uns verlässt, ist es um so wichtiger, noch für die nachwachsenden Generationen die Erinnerung an das wach zu halten, was das ›Dritte Reich‹ bedeutete, wie es dazu kommen konnte, was es an Verheerungen über die Welt und uns gebracht hat.« Es ist der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen Wolfgang Clement, der diese Sätze bei der Eröffnung der Dauerausstellung »Im Auftrag. Polizei, Verwaltung und Verantwortung« am 7. Mai 2001 in der Villa ten Hompel spricht. Die Geschichte des Hauses spiegele, so Clement, »die Brüche der jüngeren deutschen Geschichte wider«. Deshalb sei es so wichtig, »einen authentischen Geschichtsort wie die »Villa ten Hompel« als Haus der Erinnerung, des Forschens und des Lernens für die Bildungs- und Gedenkstättenarbeit zu erhalten.« Denn es seien Geschichtsorte wie diese, denen es gelänge, »auch bereits Vergessenes oder Verdrängtes wieder ins Bewusstsein zu heben.« Die Dauerausstellung zu Polizei und Verwaltung sei »dafür ein herausragendes Beispiel.«¹

Vier Jahre nach Beginn des Projekts Villa ten Hompel und eineinhalb Jahre nach der Eröffnung der Dauerausstellung ist die Zeit für eine erste Zwischenbilanz gekommen. Bis heute prägt die Authentizität des Ortes das wissenschaftliche und pädagogische Design des Hauses.

Die Geschichte der Villa ten Hompel –

Vom Schauplatz der NS-Verbrechen zum Ort des Lernens

Das Haus am Kaiser-Wilhelm-Ring war in seiner wechselvollen Vergangenheit von 1924 bis 1968 zugleich Tatort des Unrechts und Dienststelle der Wiedergutmachung.

In den zwanziger Jahren als Wohnsitz des Fabrikanten und Zentrumsabgeordneten Rudolf ten Hompel gebaut, wurde die Villa ten Hompel 1940 Schaltzentrale der Ordnungspolizei für den Wehrkreis VI. Hier koordinierten 40 Mitarbeiter den Einsatz von 200 000 Ordnungskräften.

Nach dem Krieg spielte die Villa zunächst als Sitz eines Bombenräumkommandos und beim Aufbau der Landespolizei wieder eine Rolle, bis 1953 war hier das Kommando der Wasserschutzpolizei-Gruppe »Westdeutsche Kanäle« untergebracht.

Von 1953 bis zu seiner Auflösung 1968 hatte das »Dezernat für Wiedergutmachung für politisch, rassisch und religiös Verfolgte« seinen Sitz in der Villa ten Hompel, anschließend die Staatliche Büchereistelle und das Gewerbeaufsichtsamt. Seit 1999 arbeiten am Kaiser-Wilhelm-Ring 28 die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Geschichtsortes.

Rudolf ten Hompel: Großindustrieller und Bauherr der Villa

»Leider macht man ja so häufig die Erfahrung, dass ›Freunde‹, denen man selbst in besseren Zeiten geholfen hat, alles vergessen zu haben scheinen, wenn man selbst vom Geschick betroffen wird«², schrieb der Großindustrielle Rudolf ten Hompel am 31. Dezember 1931. Mit dieser Einsicht nahm der Bauherr der Fabrikantenvilla gewisser-



maßen die Erfahrung jener Menschen vorweg, deren Los im NS-Regime mit jenem Gebäude verbunden war.

Aussenansicht
des Geschichtsorts
Villa ten Hompel

Die Geschichte der Villa ten Hompel wäre sicher anders verlaufen, wenn ihr Erbauer, der als hochbegabter, aber eigensinniger Unternehmer und als risikofreudige Spielernatur galt, die Geschicke sowohl seines Wicking-Konzerns als auch seiner Familie in eine andere Richtung gelenkt hätte. Unter seiner Führung als Generaldirektor expandierte die Firma mit Verwaltungssitz in Münster durch den Aufkauf fremder Werke zum größten Zementkonzern in Deutschland der 20er Jahre.

Sein Engagement innerhalb der Zentrumspartei bescherte ihm in der Weimarer Republik eine steile politische Karriere, die ihn als Reichstagsmitglied von 1920 bis 1928 nach Berlin führte.

Seiner wirtschaftlichen und politischen Stellung entsprechend gestaltete Rudolf ten Hompel sein Auftreten. Das Anwesen vermittelt heute noch immer einen Eindruck vom herrschaftlichen Lebensstil der Industriellenfamilie.

Es war die Zeit der einsetzenden wirtschaftlichen Talfahrt: Im Jahr 1931 geriet der Wicking-Konzern 1931 durch unverantwortliche Investitionen im In- und Ausland und durch den Zusammenbruch der Hauptgläubigerbank in Zahlungsschwierigkeiten. Rudolf ten Hompel musste einer Übernahme seines Zement-Imperiums unter Verlust seiner Position zustimmen.

Der einst allseits gefragte Mann zieht sich von allen öffentlichen Ämtern zurück. 1935 kam es zu einem Aufsehen erregenden Prozess vor dem Landgericht Münster gegen den einstigen Generaldirektor.

Die Anklage lautete auf Veruntreuung, Konkursvergehen, Vermögensverschiebungen und Urkundenfälschung. Mit der Verurteilung des siebenundfünfzigjährigen zu drei Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von 22 000 Reichsmark endete das Verfahren.

Über den weiteren Lebensweg der Familie ist nur Weniges bekannt. Rudolf ten Hompel wurde das letzte Mal 1939 als Eigentümer und Bewohner der Villa genannt. Das Anwesen gelangte dann in den Besitz des Reichsfiskus, und die Familie ten Hompel siedelte nach München über. Hier war Rudolf ten Hompel als Geschäftsführer einer Baustoffgesellschaft mbH eingetragen. 1948 starb Rudolf ten Hompel im Alter von 70 Jahren.

Sitz des Befehlshabers der Ordnungspolizei für den Wehrkreis VI

Seit April 1940 war Dr. Heinrich B. Lankenau Hausherr der Villa ten Hompel.³ Das repräsentative Anwesen entsprach der gewichtigen Funktion, die die Ordnungspolizei im Wehrkreis VI ausfüllte, dem bevölkerungsreichsten und größten Polizeibereich im damaligen Deutschen Reich. Dieser umfasste das heutige Nordrhein-Westfalen, den Raum Osnabrück und ab 1940 Teile Belgiens.

Die Übernahme der Villa am Kaiser-Wilhelm-Ring symbolisierte eine Entwicklung, die »Reichsführer SS« Heinrich Himmler systematisch verfolgt hatte: Aus den 16 Länderpolizeien formierte er eine Reichspolizei unter seinem Einfluss. In seiner Doppelfunktion als RFSS und »Chef der Deutschen Polizei« unterstanden Himmler die beiden Hauptämter »Sicherheitspolizei« (Geheime Staatspolizei/Kriminalpolizei) und die »Ordnungspolizei«. Während sich die »Sicherheitspolizei«, hier insbesondere die Gestapo, ganz bewusst mit der Aura von Furcht und Grusel umgab, kannten die Bürger ihre Ordnungspolizei über die vielen Beamten auf den Straßen und an den Schreibtischen der Ortspolizeibehörden.

Der »Inspekteur der Ordnungspolizei« war als Dienstaufsicht für die Zusammenarbeit der zahlreichen Polizeikräfte – Gendarmerie, Schutzpolizei und Hilfspolizei – zuständig. Sie betreuten die militärische Aus- und Fortbildung der uniformierten Polizei und überwachten die Vorkehrungen für den Fall der Mobilmachung und des Katastrophenschutzes.

Paramilitärische Formationen wurden im Befehlsbereich eingerichtet und in Polizeiausbildungsabteilungen zusammengefasst. Die zum Polizeidienst eingezogenen Männer wurden hier auf ihre Rolle als Instrument der nationalsozialistischen Expansionspolitik vorbereitet. Bei der Besetzung Österreichs 1938 konnten sich die Hundertschaften erstmals in ihrer neuen Funktion präsentieren.

Kurz vor der deutschen Westoffensive am 16. März 1940 beförderte Himmler die vier »Inspektoren der Ordnungspolizei« in den besonders luftgefährdeten westlichen Industriegebieten Münster, Hamburg, Wien und Stuttgart zu »Befehlshabern der Ordnungspolizei« (BdO). Im Wehrkreis VI waren insgesamt 21 Städte zu besonders gefährdeten Luftschutzorten erster Ordnung erklärt worden. Alles in allem befehligte der BdO im Wehrkreis VI damit an die 200 000 Mann.

Der Krieg erweiterte die Aufgaben des BdO. In der Villa ten Hompel erhöhte sich die Mitarbeiterzahl von sieben auf vierzig. Es wurden Wachmannschaften für die Deportationszüge in die Vernichtungslager gestellt und Transportbegleitungen in die Konzentrationslager im Osten. Auch das Aufsichtspersonal für die so genannten Arbeitserziehungslager war von hier aus zu stellen. Gegen Ende des Krieges unterstanden



Schülerinnen und Schüler der Friedenschule bei einem Vorbereitungsseminar für eine Fahrt nach Buchenwald, 13.-15. Januar 2003

Polizeiseminar
zum Thema
Rechtsextremismus,
4. Oktober 2000



dem BdO darüber hinaus die Land- und Stadtwachen, die »Fremdarbeiter und Kriegsgefangene« zu überwachen und bei Fluchtversuchen wieder zu ergreifen hatten. Zum Aufgabenspektrum gehörte auch die Aufstellung von insgesamt mindestens 22 Polizeibataillonen, die später massiv an den Morden an der jüdischen Bevölkerung Osteuropas beteiligt waren.

Im Oktober 1944 wurde der Befehlssitz der Ordnungspolizei nach Düsseldorf-Kaiserswerth evakuiert. Die Luftschutzfunkzentrale blieb zunächst noch in Münster, bevor man sie wenig später in die Haard bei Recklinghausen verlegte.

1945 bis 1953: Neuaufbau der Polizei in der Villa ten Hompel

Beim Einrücken der alliierten Truppen im März 1945 war auch in Westfalen der gesamte zivile Behördenapparat und das Polizeiwesen zusammengebrochen. Die Briten planten eine konsequente Entmilitarisierung und Dezentralisierung der deutschen Polizeiverwaltung nach englischem Vorbild. Große soziale Probleme und die hohe Kriminalität der unmittelbaren Nachkriegszeit drängten die Briten dabei zu größter Eile.⁴

Sie stellten jedem neu ernannten Regierungspräsidenten, Oberbürgermeister und Landrat sogleich einen »Chef der Polizei« zur Seite, der die Polizei in seinem Bezirk, seiner Stadt oder in dem Landkreis wieder aufbauen sollte.

Anfang Mai 1945 ernannte die britische Militärregierung Friedrich Grützmann zum »Landespolizeipräsidenten«. Er nahm seinen Dienstsitz in der ehemaligen Villa ten Hompel. Der Landespolizeipräsident besaß direkte Befehlsbefugnis gegenüber allen großen Polizeiverwaltungen in der Provinz. Sein Wirkungskreis umfasste alle personellen, materiellen und organisatorischen Angelegenheiten der westfälischen Polizei. Zwischen den Regierungspräsidenten und dem Landespolizeipräsidenten kam es bald zu Konflikten.

Die Regierungspräsidenten betrachteten die Landespolizeibehörde als unerwünschte Konkurrenz, die ihre eigenen polizeilichen Zuständigkeiten einschränkte. Zusätzlich



Seminare für Bundeswehrangehörige:
Heeres-Unteroffiziere
in der Dauerausstellung
»Im Auftrag«,
18. März 2002

befürchteten sie, dass die Polizei sich unter der direkten Befehlsgewalt des Landespolizeipräsidenten wie im NS-Staat wieder als Sonderbehörde neben der zivilen Verwaltung etablierte.

Erst mit der Unterstützung des neuen Oberpräsidenten Rudolf Amelunxen setzten sie die eindeutige Unterordnung des Landespolizeipräsidenten unter den Oberpräsidenten bei der Militärregierung durch.

Ab 1946 konzentrierte sich die Arbeit des Landespolizeipräsidenten auf den regionalen Neuaufbau der Kriminalpolizei, dessen Zentrum für Westfalen ebenfalls in der Villa ten Hompel war. Aus ihm entstand im Frühjahr 1946 das Kriminalpolizeiamt der Provinz Westfalen. Das Kriminalpolizeiamt fungierte als zentrale Nachrichtensammel- und Auswertungsstelle sowie als Informationsdienst für die örtlichen Polizeidienststellen bei Kapitalverbrechen von überregionaler Bedeutung. Nach der Gründung der neuen Landesregierung Nordrhein-Westfalen wurde das westfälische Kriminalpolizeiamt zum 1. Oktober 1946 aufgelöst und mit dem Kriminalpolizeiamt in Düsseldorf zusammen gelegt.

Kommando »Westdeutsche Kanäle«

Die Villa ten Hompel in Münster blieb jedoch bis 1953 weiterhin Sitz einer Landespolizeibehörde. Seit 1945 war dort auch das Kommando der Wasserschutzpolizei-Gruppe »Westdeutsche Kanäle« untergebracht. Der räumliche Zuständigkeitsbereich erstreckte sich auf die Wasserstraßen in Westfalen sowie jene südlich des Mittellandkanals und des Weser-Elbe-Kanals bis an die Grenze der sowjetischen Zone. In den ersten Jahren nach dem Krieg konnten die Männer ihre Tätigkeit nur zu Fuß und mit dem Fahrrad entlang der Kanäle versehen. Erst nach und nach gab es für die Patrouille wieder betriebsbereite Boote.

Fahndung nach Schmuggelgut, die Aufnahme von Unfällen auf dem Wasser, Leichenbergungen, Bergungen von havarierten Schiffen, Meldung und Bergung von

Bomben- und Waffenfunden im Wasser sowie die Überwachung des ausgedehnten »wilden« Badebetriebs in den Kanälen – damals wie heute gleichermaßen beliebt.

1947 ging die Verwaltung der Wasserschutzpolizei auf die Regierung des Landes NRW und damit auf den Innenminister über. Die Wasserschutzpolizei-Gruppe »Westdeutsche Kanäle« wurde 1953 mit der Wasserschutzpolizei-Gruppe »Rhein« am neuen Sitz Duisburg vereinigt.

Wechsel an den Schreibtischen – Entschädigung statt Verfolgung

Bis zu seiner Auflösung 1968 hatte das Wiedergutmachungsdezernat der Bezirksregierung seinen Sitz an der Stätte, an der Beamte nur wenige Jahre zuvor das NS-Regime aktiv unterstützt hatten.⁵

»Allen diesen Leuten wird geholfen, warum uns nicht? Bin ja mit einer Rente oder einer einmaligen Abfindung zufrieden, die Sie bestimmen. Aber ich hoffe ja, dass man Recht walten lässt und uns hilft«. Mit diesen Sätzen bat eine Münsteranerin das »Dezernat für Wiedergutmachung für politisch, rassisch und religiös Verfolgte« im Jahre 1953 um Entschädigung. Ihr Ehemann war im Sommer 1938 durch die Gestapo verhaftet worden und schließlich im Alter von 44 Jahren im Konzentrationslager Mauthausen verstorben.

Die Sachbearbeiter des Dezernats lehnten den Antrag der Witwe ab. Was blieb, war Enttäuschung und Entrüstung. Trotz ihrer Beschwerde ging die Münsteranerin leer aus, da ihr Mann – so die Begründung – kein politischer Gegner des Nationalsozialismus und seine Verhaftung wegen »Arbeitsverweigerung« keine typisch nationalsozialistische Gewaltmaßnahme gewesen sei. Wie der Witwe erging es vielen, aber auch Ausgleichszahlungen für erlittenes Leid wurden genehmigt.

Der Staat glich häufig durch Geldmittel aus und das zumeist auf geringem Niveau. Bei wirtschaftlichen Beeinträchtigungen, etwa durch Verlust eines Geschäftes oder Betriebes, wurde der Verfolgte gemäß seines früheren Einkommens in eine Beamtenbesoldungsgruppe eingestuft, um dann für den Schädigungszeitraum Wiedergutmachung zu erhalten. Für Nachkriegsschädigungen erhielten NS-Opfer nichts.

In der »Villa ten Hompel« arbeiteten 1953 ein halbes Dutzend Angestellte und Beamte der Bezirksregierung, Ende der 50er Jahre waren es bis zu 20. Der Leiter des Dezernats war selbst ein politisch Verfolgter. Die Regierung achtete bewusst darauf, dass vor allem junge, unbelastete Beamte in der »Villa ten Hompel« tätig waren.

Insgesamt stellten im Dezernat rund 12 000 Personen aus dem gesamten Regierungsbezirk Münster einen Antrag auf Entschädigung. 100 Millionen Mark wurden bezahlt. Zahlreiche Verfolgtengruppen fielen jedoch aus der Entschädigung heraus, darunter die Zwangssterilisierten, die Euthanasieopfer, die Deserteure und die ausländischen Zwangsarbeiter, die Homosexuellen oder münsterländische Frauen, die sexuelle Kontakte zu Zwangsarbeitern gehabt hatten. Ihre Verfolgung wurde nicht als »typisch nationalsozialistisch« anerkannt, sondern auf sozial- oder militärpolitische Gründe zurück geführt.

Obwohl das Dezernat in der Villa ten Hompel vielen Verfolgten Hilfestellung bot, saßen hier nach dem Krieg doch wieder Beamte, die auf der Basis eines Gesetzes und gemäß strenger Verwaltungsvorschriften über »gute« und »schlechte« NS-Opfer zu entscheiden hatten. Vor allem in den ersten Monaten, so berichtete es ein ehemaliger Mitarbeiter des Dezernats, war eine Entscheidung nicht immer einfach. Mit der Zeit trat aber doch eine gewisse »Routine« ein, zumal die Beamten davon ausgingen, immer auf der sicheren Seite des Gesetzes zu stehen.

Dass dies vor allem für die Verfolgten mit vielen schmerzhaften Erinnerungen bis hin zu Traumatisierungen verbunden war, spielte kaum eine Rolle. Ein Vorwurf, der den Gesetzgeber trifft. Er presste die Wiedergutmachung, ebenso wie es bei der Verfolgung der Fall gewesen war, wieder in einen Verwaltungsvorgang und ließ damit wenig Raum für die Bewältigung der NS-Zeit und die Anerkennung der Leiden der Opfer.

Neue Aufgaben in der Villa ten Hompel

Die Stadt Münster übernahm mit dem Kauf der Villa ten Hompel und dem Aufbau des Instituts die Verantwortung für die Aufarbeitung eines Themas, dem sich kaum eine Gedenkstätte zum Nationalsozialismus in Deutschland widmet: dem Polizei- und Verwaltungshandeln im 20. Jahrhundert. Am 13. Dezember 1999 eröffnete Oberbürgermeister Dr. Tillmann mit der Sonderausstellung »Verfolgung und Verwaltung. Die wirtschaftliche Ausplünderung der Juden und die westfälischen Finanzbehörden« den neu eingerichteten Geschichtsort Villa ten Hompel. Mit der Präsentation der Dauerschau »Im Auftrag. Polizei, Verwaltung und Verantwortung« hat der Geschichtsort Villa ten Hompel sein neues Tätigkeitsfeld aufgenommen. Es ruht auf drei aufgerichteten und standfesten Säulen: Erinnern – Forschen – Lernen. Das Erinnern, das Forschen, das Lernen.

Die Eröffnung der Dauerausstellung »Im Auftrag. Polizei, Verwaltung und Verantwortung« stellte das zentrale Ereignis auf dem Felde der Erinnerung dar und fand sowohl bundesweit als auch international Resonanz.⁶

Daneben erreichte die Ausstellungsofferte eine zentrale Adressatengruppe des Geschichtsorts: die Angehörigen der Polizei. Polizistinnen und Polizisten war es in einzelnen Polizeipräsidien sogar erlaubt, die Ausstellung während der Dienstzeit zu besuchen.⁷ Seit drei Monaten besteht zudem die Möglichkeit der Recherche und differenzierten Kleinanalyse der Dauerschau in einem eigens angelegten Multimedia-Raum. Alles, was in der Ausstellung an Quellen angeboten wird, kann hier auf PC-Stationen noch einmal abgerufen werden. Die menügeführte Weiterführung der Themen aus der Ausstellung lässt die Seher und Hörer vor den Terminals schrittweise von einem Dokument zum nächsten gehen. »Sie« oder »Er« bestimmen selbst das Tempo und den Weg der Erläuterungen. Das ist auch gut so, denn die über 800 Dateien auf den Terminals sind auch bei intensivem Studium nicht so leicht zu verarbeiten.⁸

Wissenschaftliche Forschungsfelder

Die Forschungsprojekte der Villa ten Hompel, die zur zweiten Säule zählen, befassen sich mit zahlreichen Themen und Fragestellungen, wobei von den Bearbeiterinnen und Bearbeitern vielfach auf Dokumente aus den eigenen Sammlungsbeständen in der Villa ten Hompel zurückgegriffen wird.

Auf das weite Themenfeld »Polizei und Verwaltung« rekurreren unterschiedliche Forschungsvorhaben. Ihre Resultate sind an unterschiedlichen Stellen veröffentlicht. Sei es in Sammelbänden und Tagungsveröffentlichungen, sei es als größere Untersuchungen in der hauseigenen Schriftenreihe. Zu letzterer zählen neben dem Katalogbuch zur Dauerausstellung⁹ und der Biographie über den Villa-Erbauer und Besitzer Rudolf ten Hompel¹⁰ die wissenschaftlichen Studien zur Polizei im frühen Nachkriegsdeutschland¹¹ und über Kommunalbeamte zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik.¹²

Weitere innovative wissenschaftliche Studien sind in den nächsten Jahren zu erwarten zur Geschichte der Entschädigung im Nachkriegsdeutschland¹³, zur Geschichte der

Angehörigen eines Polizeibataillons aus dem Ruhrgebiet zwischen Weltkrieg und Wirtschaftswunder¹⁴, zu den Biographien der Befehlshaber der Ordnungspolizei im Wehrkreis VI¹⁵ sowie den Einsätzen von und Ermittlungsverfahren gegen Angehörige von Polizeibataillonen.¹⁶

Dank der Unterstützung des Fördervereins Villa ten Hompel konnten mit einem Stipendiatenprogramm weitere wissenschaftliche Qualifizierungsarbeiten auf den Weg gebracht werden. So widmen sich ein interdisziplinäres Vorhaben der »weltanschaulichen Erziehung« der Polizeibeamten während des »Dritten Reichs«¹⁷ und zwei weitere der Geschichte des Polizeipräsidiums Gelsenkirchen¹⁸ und der Geschichte des Regierungspräsidiums Münster 1930 bis 1960.¹⁹ »Flächendeckende Ordentlichkeit. Polizei in Ost- und Westdeutschland. Alltag-Praktiken-Selbstbilder 1962 bis 1972« lautet der Titel eines weiteren Dissertationsprojekts.²⁰

Pädagogische Praxis

Neben den von den Lehrerinnen und Lehrern gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern gestalteten Projekttagen und den Gedenkblatt-Konzeptionen des Vereins »Spuren suchen« fanden zwei weitere pädagogische Projekte große Beachtung auf lokaler und regionaler Ebene. So wurde mit dem Geschichtskoffer »Jüdische Kindheit im 20. Jahrhundert« ein mobiler Lernort geschaffen, der das Museum in die Schule bringt²¹, und im Umfeld der Villa ten Hompel ermöglicht ein Geschichtspfad die verdichtete Spurensuche zu Akteuren des 20. Jahrhunderts.

Die größte Resonanz auf schulischer Seite erfährt jedoch das Gedenkstättenfahrtenprogramm »Aus der Geschichte lernen?!«, das von der Akademie Franz Hitze Haus, der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Münster und dem Geschichtsort Villa ten Hompel gemeinsam unternommen wird.

Ca. 1200 Schülerinnen und Schüler nahmen bisher an dieser außerschulischen Veranstaltung teil. 23 Fahrten wurden durchgeführt, vier davon zur Gedenkstätte Buchenwald. In der Summe wurden ca. 60 Seminartage geplant und durchgeführt. Hinsichtlich der Schulformen sind Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, Kollegschen und Gesamtschulen vertreten, ohne dass ein Schultyp signifikant überrepräsentiert wäre. Die teilnehmenden Schulen kamen überwiegend aus der Stadt Münster bzw. aus dem Münsterland.²²

Das Seminarprogramm knüpft an die konkreten Erfahrungen der Schülerinnen und Schüler an, um davon ausgehend einen ihrer Lebenswelt entsprechenden und der Sache angemessenen Problemhorizont zu entfalten. Auf dieser Basis folgt eine schülerorientierte Form der Auseinandersetzung mit historischen Bild- und Textquellen zur Lokal- und Regionalgeschichte des »Dritten Reichs«. Nach diesen Vorarbeiten steht ein Besuch der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen und die Arbeit vor Ort im Mittelpunkt des Seminarprogramms. Rückblickend werden die Erfahrungen des Gedenkstättenbesuchs aufgegriffen, reflektiert und im Rahmen des Gegenwartstransfers auf die aktuelle Problematik rechtsextremer Gesinnungen und Geschehnisse bezogen.²³

Auch im zentralen Bereich der Erwachsenenpädagogik beschränkten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter innovative Wege. Vor allem in der Polizeifort- und -ausbildung wurden innovative Teilmodule, sogenannte Thementage zu Inhalten wie »Rechtsextremismus«, »Frauen in der Polizei«²⁴, »Aussiedler«, »Leitbilder der Polizei« sowie »Polizei in der Geschichte« erprobt und fortentwickelt.²⁵

Partner und Kooperationen

Dass die bereits in der Gründungsphase der Villa ten Hompel initiierten Kooperationen wichtige Schritte für den Aufbau eines historisch-politischen Netzwerkes waren, belegen die mittlerweile zahlreichen Projekte und Veranstaltungen mit unterschiedlichen Partnern. Der Geschichtsort Villa ten Hompel ist ein gefragter Mitveranstalter, nicht nur der Christlich-Jüdischen und Deutsch-Israelischen Gesellschaft, sondern ebenso des Evangelischen Forums, der Akademie Franz-Hitze-Haus sowie weiterer Institutionen und Träger aus der Erwachsenenbildung. Als städtisches Institut arbeitet der Geschichtsort Villa ten Hompel darüber hinaus mit vielen kommunalen Institutionen zusammen (Volkshochschule, Stadtarchiv, Stadtbücherei und Stadtmuseum). Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Seminaren des Westfälischen Studieninstituts, der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, der Polizeiführungsakademie, des Polizeifortbildungsinstituts »Carl Severing«, der Heeresunteroffizierschule Münster-Handorf etc. prägen mittlerweile den Bildungsalltag ebenso wie Schülerinnen und Schüler aller Schulformen.

Der Geschichtsort Villa ten Hompel beschränkt sich jedoch nicht nur auf Forschungs- und Bildungsarbeit im Haus am Kaiser-Wilhelm-Ring 28. Durch die Konzeption und Realisierung eigener Wanderausstellungen wie »Verfolgung und Verwaltung. Die wirtschaftliche Ausplünderung der Juden und die westfälischen Finanzbehörden«²⁶ und »Uniform und Speiche«²⁷ gelingt es, den Radius des Instituts erheblich zu erweitern.

Den eingeschlagenen erfolgreichen Weg möchte das Team der Villa ten Hompel in den nächsten Jahren fortsetzen, auch unter der erschwerten Haushaltssituation der Stadt Münster, des Landes Nordrhein-Westfalen und des Bundes. Mittelfristig wird auch am Geschichtsort Villa ten Hompel in den nächsten Jahren nur über die erfolgreiche Einwerbung temporärer Drittmittel die Durchführung von inhaltlich interessanten Schwerpunktprojekten gelingen.

Aktuell konzentrieren sich die Bemühungen auf die Finanzierung der geplanten multimedialen Wanderausstellung »Wieder-gut-gemacht?«, die eine adressatenübergreifende und geschichtsdidaktisch reflektierte Präsentation der Rückerstattungs- und Entschädigungspraxis leisten soll. Der Ausbau der Kontakte mit den bisherigen Partnern (dem Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaft, dem Historischen Seminar und dem Zentrum für Niederlandestudien an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster sowie der Justizakademie des Landes Nordrhein-Westfalen) wird weiter vorangetrieben.

Die Impulse, die vom Geschichtsort Villa ten Hompel in die Aus- und Fortbildungslandschaft von Polizei und Verwaltung hineingetragen wurden, wirken nun angereichert um die Ideen dieser Institutionen wieder auf das Bildungsdesign der Villa ten Hompel zurück. So ist seit dem 1. Januar 2003 an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Münster eine »Dokumentations- und Forschungsstelle zur Geschichte der Polizei im Nationalsozialismus« implementiert. Von Seiten der Fachhochschule wurde damit ein Projekt von Mitte der achtziger Jahre reaktiviert, das seinerzeit an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Dortmund entwickelt worden ist.²⁸ Nicht zuletzt die Arbeit des Geschichtsorts Villa ten Hompel hat dazu beigetragen, diese Neuauflage einer Dokumentations- und Forschungsstelle an den nordrhein-westfälischen Fachhochschulen hier in Münster einzurichten, um zukünftig in enger Kooperation tragfähige Bildungsmodule zu entwickeln.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit in den nächsten Jahren wird der Ausbau der internationalen Beziehungen sein. Neben der weiteren Intensivierung der Kontakte zum Centre de la Mémoire in Oradour (Frankreich) soll vor allem die Zusammenarbeit mit niederländischen Partnern ausgeweitet werden. Insbesondere mit dem Nederlands Instituut voor Oorlogsdocumentatie (NIOD), dem Deutschlandinstitut in Amsterdam und der Universität Twente laufen bereits gemeinsame Projekte.²⁹ Für weitere Kooperationen existieren konkrete Planungen.

Hierzu zählen gemeinsame Fachtagungen und Konferenzen. Naher Höhepunkt der Kooperationen ist eine von der Villa ten Hompel, dem NIOD und dem Zentrum für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin in Amsterdam für Ende 2003 geplante internationale Fachtagung »The destruction of European Jewry: structures, motivations, opportunities«. Die Konferenz wird von der Königlich-Niederländischen Akademie der Wissenschaften (KNAW) finanziert.³⁰

Dr. Alfons Kenkmann
ist Leiter des
Geschichtsorts Villa ten
Hompel und Lehrbeauftragter
am Institut für
Didaktik der Geschichte
der Westfälischen
Wilhelms-Universität
Münster

Was vor drei Jahren mit einer kleinen Konferenz in Amsterdam begann, hat sich nun zu einer festen Kooperation mit niederländischen Partnerinstitutionen fest entwickelt. Die deutsch-niederländische Partnerschaft könnte Modellcharakter haben, auch für künftige internationale Kooperationen mit weiteren europäischen Staaten: Eine lohnende Unternehmung für Münster, die Stadt des Westfälischen Friedens.

Geschichtsort Villa ten Hompel
Kaiser Wilhelm Ring 28
48145 Münster
Tel: (02 51) 492-70 48 | Fax: (02 51) 492-79 18
tenhompel@stadt-muenster.de
www.muenster.de/stadt/villa-ten-hompel

Beim 39. Bundesweiten Gedenkstättenseminar stehen die neue Ausstellung und die Arbeitsbereiche der Villa ten Hompel für einen ganzen Tag im Mittelpunkt der Veranstaltung.

39. Bundesweites Gedenkstättenseminar

Münster, 22.–25. Mai 2003

»Erinnerungskultur in westeuropäischer Perspektive (Niederlande, Belgien, Luxemburg und Deutschland)«

Veranstalter: Stiftung Topographie des Terrors, Geschichtsort Villa ten Hompel, Münster, Bundeszentrale für politische Bildung

Thomas Lutz, Tel. (030) 25 45 09-15 | lutz@topographie.de

Programm: GedenkstättenRundbrief 110 oder www.gedenkstaettenforum.de

- 1 Rede des nordrheinwestfälischen Ministerpräsidenten zur Eröffnung der Dauerausstellung »Im Auftrag. Polizei, Verwaltung und Verantwortung«, am 7. Mai 2001, in: Geschichtsort Villa ten Hompel 2001–2002. Entwicklungen–Aktivitäten–Ergebnisse. Dokumentation über den Zeitraum vom 1. Oktober 2000 bis 12. 12. 2002. Hrsg. im Auftrag der Stadt Münster von Alfons Kenkmann, Münster 2003, S. 10–13, S. 10.
- 2 Corinna Fritsch: Rudolf ten Hompel. Aus dem Leben eines westfälischen Industriellen und Reichstagsabgeordneten, Essen 2002 (= Villa ten Hompel; Schriften 2), S. 7. An dieser Publikation orientieren sich auch die nachfolgenden Passagen zum Lebenslauf der Großindustriellen.
- 3 Christoph Spieker: Die Befehlshaber der Ordnungspolizei im Wehrkreis VI – biographische Skizzen, in: Alfons Kenkmann/Christoph Spieker (Hg.): Im Auftrag. Polizei, Verwaltung und Verantwortung. Begleitband zur gleichnamigen Dauerausstellung – Geschichtsort Villa ten Hompel, Essen 2001 (= Villa ten Hompel; Schriften; 1), S. 192–199.
- 4 Zur Reorganisation der Polizei in Westfalen siehe Gabriele Lotfi: Die frühe Nachkriegszeit. Polizeibehörden in der Villa ten Hompel 1945–1953, in: Alfons Kenkmann/Christoph Spieker (Hg.): Im Auftrag. Polizei, Verwaltung und Verantwortung. Begleitband zur gleichnamigen Dauerausstellung – Geschichtsort Villa ten Hompel, Essen 2001 (= Villa ten Hompel; Schriften 1), S. 266–277 u. Stefan Noethen: Polizei in der Besatzungszeit – Vorstellungen und Einflüsse der Alliierten, in: Hans-Jürgen Lange (Hrsg.): Die Polizei der Gesellschaft. Zur Soziologie der Inneren Sicherheit (= Studien zur Inneren Sicherheit; Bd. 4), S. 77–90.
- 5 Die Geschichte der Entschädigungspraxis erforscht Julia Volmer; vgl. dies.: Zur Hausgeschichte nach 1945. Die Villa ten Hompel 1953 bis 1968 – »Wiedergutmachung« an einem Täterort. In: Kenkmann, Alfons/Spieker, Christoph (Hg.): Im Auftrag. Polizei, Verwaltung und Verantwortung. Begleitband zur gleichnamigen Dauerausstellung, Essen 2001 (= Villa ten Hompel. Schriften; 1), S. 342–364.
- 6 Vgl. Karl-Heinz Janßen, Massenmord in Grün. Eine Ausstellung zeigt: Auch die Polizei war an NS-Verbrechen beteiligt, in: DIE ZEIT v. 10. Mai 2001; Michael Jeismann, Freund, Feind und Helfer. Der Schupo als Polizeisoldat: Eine Ausstellung in Münster, in: FAZ v. 16. Juni 2001; Berthold Seewald, Des Staates dritte Säule. Eine Ausstellung in Münster zeigt die Verstrickung der Polizei in die NS-Diktatur, in: DIE WELT v. 23. November 2001 u. Peter Krevert: Die Polizei im NS-Staat. Oder: Himmlers grünen Helfern auf der Spur, in: Kriminalistik, H. 1(2002), S. 49–54.
- 7 Vgl. Alfons Probst: Im Auftrag. Polizei, Verwaltung und Verantwortung, in: Tacheles. Neues aus dem Polizeipräsidium Münster, Sonderausgabe vom 11. Mai 2001, S. 2.
- 8 Vgl. Christoph Spieker: Multimediale Erweiterung der Dauerausstellung »Im Auftrag. Polizei, Verwaltung und Verantwortung, in: Geschichtsort Villa ten Hompel 2001–2002. Entwicklungen–Aktivitäten–Ergebnisse. Dokumentation über den Zeitraum vom 1. Oktober 2000 bis 12. Dezember 2002. Hrsg. im Auftrag der Stadt Münster von Alfons Kenkmann, Münster 2003, S. 10–13, S. 25–27.
- 9 Alfons Kenkmann/Christoph Spieker (Hg.): Im Auftrag. Polizei, Verwaltung und Verantwortung. Begleitband zur gleichnamigen Dauerausstellung – Geschichtsort Villa ten Hompel, Essen 2001 (= Villa ten Hompel, Schriften 1).
- 10 Fritsch: Rudolf ten Hompel.
- 11 Stefan Noethen: Alte Kameraden und neue Kollegen. Polizei in Nordrhein-Westfalen 1945–1953, Essen 2002 (= Villa ten Hompel; Schriften 3).
- 12 Sabine Mecking: »Immer treu«. Kommunalbeamte zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik (= Villa ten Hompel; Schriften 4). Münster 2003.
- 13 Vgl. Julia Volmer: Verwaltete Wiedergutmachung. Entschädigung für nationalsozialistische Verfolgung im Regierungsbezirk Münster. In: Geschichte im Westen (Im Erscheinen).
- 14 Vgl. Martin Hölzl: Grüner Rock und weiße Weste: Adolf von Bomhard und die Legende von der sauberen Ordnungspolizei, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft Jg. 50, H.1 (2002), S. 22–43.
- 15 Vgl. Christoph Spieker: Export von Münster nach Den Haag: BdO Dr. Heinrich Lankenau (1891–1983) u. ders.: Die Befehlshaber der Ordnungspolizei im Wehrkreis VI – biographische Skizzen, in: Alfons Kenkmann/Christoph Spieker (Hg.): Im Auftrag. Polizei, Verwaltung und Verantwortung. Begleitband zur gleichnamigen Dauerausstellung – Geschichtsort Villa ten Hompel, Essen 2001 (= Villa ten Hompel; Schriften 1), S. 176–191 u. S. 192–199.
- 16 Stefan Klemp: Polizeiabteilungen. Einsätze und Ermittlungsverfahren. Erscheint 2004 als Bd. 5 in der Reihe Villa ten Hompel (Schriften).
- 17 Thomas Köhler: Anstiftung zu Versklavung und Völkermord. »Weltanschauliche Schulung« durch Literatur. Lesestoff für Polizeibeamte während des »Dritten Reichs«, in: Alfons Kenkmann/Christoph Spieker (Hg.): Im Auftrag. Polizei, Verwaltung und Verantwortung. Begleitband zur gleichnamigen Dauerausstellung – Geschichtsort Villa ten Hompel, Essen 2001 (= Villa ten Hompel. Schriften; 1), S. 130–158.
- 18 Vgl. Daniel Schmidt: Die Bürgerkriegsarmee. Gelsenkirchener Schutzpolizei und politischer Extremismus 1928–1932 und ders.: »Vom Prügelknaben eines verrotteten Systems zum ersten Instrument des Staates«. Die Eingliederung der Gelsenkirchener Schutzpolizei in den NS-Staat 1933–1938. Beide in: Stefan Goch (Hg.): Geschichte der Gelsenkirchener Polizei seit dem 19. Jahrhundert (Im Erscheinen).

- 19 Bearbeitet von Hedwig Schulle.
- 20 Diese Unternehmung ist eine Weiterentwicklung der Magisterarbeit von Michael Sturm: »Gewalt wird mit Gewalt beantwortet.« Polizei und Straßenprotest in München am Ende der Ära Adenauer. Hausarbeit zur Erlangung des Magistergrades an der Philosophischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen, Göttingen 2001.
- 21 Vgl. Vera Hanfland: Geschichtskoffer »Jüdische Kindheit im 20. Jahrhundert«. Versuch eines kindgerechten Zugangs zu einem schwierigen Thema, in: Gedenkstättenrundbrief, Nr. 108 (2202), S. 32–37.
- 22 Siehe hierzu Markus Köster/Stefan Querl/Meik Zülsdorf: Über Verantwortung Nachdenken« – Ein historisch-politisches Seminarprojekt mit Besuch einer KZ-Gedenkstätte, von Markus Köster, Stefan Querl und Meik Zülsdorf, in: Barbara Menke/Manfred Jastrzemeski/Klaus Waldmann/Peter Wirtz (Hg.): Ermutigung zur Zivilcourage. Innovative Konzepte und Projekte politischer Bildung, hg. im Auftrag der GEMINI (Gemeinsame Initiative der Träger politischer Jugendbildung), Schwalbach 2002 (Im Erscheinen). Demnächst auch: Frank Buskotte/ Stefan Querl/ Meik Zülsdorf: »Auf Fahrt – In Fahrt?« Ein Seminarprogramm für den schulischen Besuch ehemaliger KZ-Standorte. Münster 2003 (= Villa ten Hompel aktuell, 3).
- 23 Vgl. Alfons Kenkmann: Historisches Bewusstsein gegen Rechtsextremismus? In: Ahlheim, Klaus/Heger, Bardo (Hg.): Intervenieren. Nicht resignieren, Schwalbach/Ts. 2003 (Im Erscheinen).
- 24 Zu dieser Thematik veranstaltete der Geschichtsort Villa ten Hompel am 6. Februar 2003 ein bundesweites eintägiges Symposium »100 Jahre Frauen in der deutschen Polizei«.
- 25 Vgl. zu diesem Aspekt Christoph Spieker: Bildungsarbeit in der Villa ten Hompel zwischen Abwehr gegen Belehrung und Suche nach Orientierung, In: Arbeitskreis NS-Gedenkstätten NW (Hg.), Forschen – Lernen – Gedenken. Bildungsangebote für Jugendliche und Erwachsene in den Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2002, S. 54–64.
- 26 Vgl. Alfons Kenkmann/ Bernd-A. Rusinek (Hg.): Verfolgung und Verwaltung. Die wirtschaftliche Ausplünderung der Juden und die westfälischen Finanzbehörden. Katalog zur Wanderausstellung. Münster 1999; Sabine Mecking: Didaktische Mappe Verfolgung und Verwaltung. Die wirtschaftliche Ausplünderung der Juden und die westfälischen »Finanzbehörden«, Münster 2001 (= Didaktische Bausteine, 1); Olaf Kaltenborn, Finanzämter – willige Helfer der Nazis. Mit deutscher Gründlichkeit plünderte der Fiskus die zur Deportation bestimmten Juden aus, in: Süddeutsche Zeitung v. 14. Dezember 1999;
- 27 Michael Sturm: Uniform und Speiche, in: Leezen-Kurier Nr. 60, 2/2002, S. 22–25 .
- 28 Deren Ergebnisse wurden in einer eigenen Schriftenreihe veröffentlicht. Der erste Bd. der Schriftenreihe der Dokumentations- und Forschungsstelle der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein Westfalen wurde 1989 herausgegeben von Friedrich Gerhard Schwegmann und trug den Titel: Zwischen Gehorsamspflicht und Widerstandsrecht: ein unlösbares Dilemma der deutschen Beamenschaft?
- 29 Houwink ten Cate, Johannes/Kenkmann, Alfons (Hg.): Deutsche und holländische Polizei in den besetzten niederländischen Gebieten. Dokumentation einer Arbeitstagung, Münster 2002 (= Villa ten Hompel Aktuell; 2).
- 30 Die Tagung trägt den Titel: The destruction of European Jewry: structures, motivations, opportunities und findet statt vom 10. bis 13. Dezember 2003 in Amsterdam.

Veranstaltungen

Veranstaltungen der Topographie des Terrors

Linz (Österreich), 18.–22. März 2003

Kooperationstagung von Gedenkstätten in Deutschland und Österreich:

»Historische Bedingungen und gesellschaftliche Entwicklung der Erinnerung an die Opfer des NS-Regimes in Deutschland und Österreich im Vergleich«

Veranstalter: Stiftung Topographie des Terrors, Thomas Lutz

Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim, Dr. Hartmut Reese, Schlossstraße 1, 4072 Alkoven, Österreich, Fax (0043-7274) 6536 262 | schloss.hartheim@aon.at

Bundesweite Gedenkstättenseminare

Münster, 22.–25. Mai 2003

39. Bundesweites Gedenkstättenseminar

»Erinnerungskultur in westeuropäischer Perspektive (Niederlande, Belgien, Luxemburg und Deutschland)«

Veranstalter: Stiftung Topographie des Terrors, Geschichtsort Villa ten Hompel, Münster, Bundeszentrale für politische Bildung

Thomas Lutz, Tel. (030) 25 45 09-15 | lutz@topographie.de

Volpriehausen (Harz), 25.–28. September 2003

40. Bundesweites Gedenkstättenseminar

»Die Verfolgung von »Asozialen« während der NS-Zeit« (Arbeitstitel)

Veranstalter: Stiftung Topographie des Terrors, Gedenkstätte im Torhaus Moringen, Bundes- und Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung, Thomas Lutz,

Tel. (030) 254509-15 | lutz@topographie.de

Seminare anderer Träger

Linz, 31. März – 4. April 2003

»Hermann-Langbein-Symposium:

Ideologie und Wirklichkeit des Nationalsozialismus«

Ort: Johannes Kepler Universität Linz

Veranstalter: Pädagogisches Institut des Bundes in Wien, Renate Belschan-Casagrande, Stammhaus, Grenzackerstraße 18, A-1100 Wien
Tel. (004 31-601 18) 42 11

www.pib-wien.ac.at | rene.belschan-casagrande@pib-wien.ac.at

Oświęcim, 8.–14. April 2003

»Auschwitz-Birkenau als Lernort –

Möglichkeiten einer Studienreise nach Oświęcim«

Veranstalter: Internationale Jugendbegegnungsstätte, Hartmut Ziesing, ul. Legionow 11, PL – 32-600 Oświęcim

Tel. (00 48-33) 843 21 07 | Fax: (00 48-33) 843 39 80,
ziesing@mdsm.pl | www.mdsm.pl

Weimar, 22.-25. April 2003

**»Konfrontationen – Pädagogische Annäherungen
an Geschichte und Wirkung des Holocaust«**

Veranstalter: Europäische Jugendbildungs- und
Jugendbegegnungsstätte Weimar, Barbara Thimm,
Jenaer Str. 2/4, 99425 Weimar,

Tel. (036 43) 82 71 07 | Fax: (036 43) 82 71 11
thimm@ejbweimar.de | www.ejbweimar.de

Kreisau, 23.-26. April 2003

**»Gesellschaft unter der Diktatur« aus der Perspektive
der Opfer, der Täter und des Widerstands«**

Ort: Gedenkstätte Kreisau

Veranstalter: Gedenkstätte der Stiftung Kreisau für Europäische
Verständigung, Annemarie Franke, Krzyżowa 7,
58-112 Grodziszczce, Polen

Tel. (00 48-74 85) 003 00 | Fax: (00 48-74 85) 003 05
www.krzyzowa.org.pl

Ausstellungen

Pirna, bis 21. April 2003

»Den Toten ohne Begräbnis« Werke der Malerin Adelheid Niepold aus Brüssel.

Veranstalter: Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein,
Schlosspark 11, 01796 Pirna

Tel. (0 35 01) 71 09 60 | gedenkstaette.pirna@stsg.smwk.sachsen.de

Pirna, bis 21. April 2003

»...ich allein weiß, wer ich bin«.

Bilder und Gegenstände der Malerin Elfriede Lohse-Wächter,
die 1940 in Pirna-Sonnenstein ermordet wurde.

Veranstalter: Stadtmuseum Pirna, Klosterhof 2/3, 01796 Pirna
Tel. (0 35 01) 52 79 85 | stadtmuseum@pirna.de

Siegen, 2. März – 16. April 2003

»Papa Weidt. Er bot den Nazis die Stirn«

Veranstalter: Aktives Museum Südwestfalen,
Häutebachweg 6, 57072 Siegen,

Tel. (02 71) 201 00 | Fax: (02 71) 244 54

Klau.Die@t-online.de | www.ns-gedenkstaetten.de/nrw

Ulm, 15. März – 13. April 2003

»Kurt Schumacher, 1895–1952: Deutscher und Europäer«

Veranstalter: Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg Ulm –
KZ-Gedenkstätte e.V., 89010 Ulm,

Redaktionsschluss für
Veranstaltungs-
hinweise im Gedenk-
stättenRundbrief
Nr. 112/2003 ist der
2. April 2003.
Hinweise werden
berücksichtigt sofern aus
Platzgründen möglich.

Veranstaltungs-
hinweise werden auch
auf den Seiten des
Gedenkstättenforums
veröffentlicht. Dort
können Institutionen
ihre eigenen Veranstal-
tungshinweise
selbstständig und
damit möglichst
frühzeitig eintragen.

Literatur

200 Tage und 1 Jahrhundert : Gewalt und Destruktivität im Spiegel des Jahres 1945. – Hamburg: Hamburger Ed., 1995. – ISBN 3-930908-02-6

Abgeschlossene Kapitel? Zur Geschichte der Konzentrationslager und der NS-Prozesse. Tübingen: ed. diskord, 2002. (Studien zum Nationalsozialismus in der edition diskord; Bd. 5). ISBN 3-89295-726-6

Art, culture, and media under the Third Reich. Chicago [u.a.]: Univ. of Chicago Press, 2002. ISBN 0-226-22087-7

Auf dem Weg zur Realisierung: das Denkmal für die ermordeten Juden Europas und der Ort der Information; Architektur und historisches Konzept. – Stuttgart [u.a.]: Dt.-Verl.-Anst., 2002. (Schriftenreihe der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas ; Bd. 1). ISBN 3-421-05669-2

Barbian, Jan-Pieter: Literaturpolitik im »Dritten Reich«: Institutionen, Kompetenzen, Betätigungsfelder. – Sonderdruck. – Frankfurt a.M.: Buchhändler-Vereinigung, 1993. – ISBN 3-7657-1760-6

Barkai, Avraham: Hoffnung und Untergang: Studien zur deutsch-jüdischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. – Hamburg: Christians, 1998. – (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte ; Bd. 36). – ISBN 3-7672-1316-8

Beevor, Antony; Berlin: the downfall 1945. – London: Viking, 2002. – ISBN 0-670-88695-5

Berthold-Hilpert, Monika: Orte der Verfolgung und des Gedenkens in Fürth: Einladung zu einem Rundgang. – Haigerloch: Medien und Dialog, 2002. – (Orte jüdischer Kultur). – ISBN 3-933231-23-X

Bertram, Ellen: Menschen ohne Grabstein: die aus Leipzig deportierten und ermordeten Juden. – Leipzig: Passage-Verlag, 2002. ISBN 3-932900-51-0

Besymenski, Lev A.: Stalin und Hitler: das Pokerspiel der Diktatoren. – Berlin: Aufbau, 2002. – (Archive des Kommunismus – Pfade des XX. Jahrhunderts ; Bd. 1). – ISBN 3-351-02539-4

Block, Nils: Die Parteigerichtbarkeit der NSDAP. – Frankfurt a.M. [u.a.]: Lang, 2002. – (Europäische Hochschulschriften: Reihe 2, Rechtswissenschaft; Bd. 3377). – Hochschulschrift: Berlin, Freie Univ., Diss., 2001. – ISBN 3-631-39097-1

Bräuninger, Werner: Claus von Stauffenberg: die Genese des Täters aus dem Geiste des geheimen Deutschland. – Wien [u.a.]: Karolinger, 2002. – ISBN 3-85418-104-3

Burleigh, Michael: Tod und Erlösung: Euthanasie in Deutschland 1900-1945. Zürich [u.a.]: Pendo, 2002. – ISBN 3-85842-485-4

Buscher, Frank M.: The U.S. war crimes trial program in Germany, 1946-1955. – New York [u.a.]: Greenwood Press, 1989. – (Contributions in military studies ; no. 86). – ISBN 0-313-26471-6

Camphausen, Gabriele: Forschen und Gedenken: Bestandsaufnahme Berliner und Brandenburger zeithistorischer Forschungseinrichtungen und Gedenkstätten zur Geschichte des NS-Staates und der DDR und konzeptionelle Handlungsempfehlungen für den Ausbau von Kooperation und Koordination. – Berlin 2002

Catalog of the Archival Collections. – Tübingen: Mohr, 1990. – (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo-Baeck-Instituts ; 47). ISBN 3-16-145597-5

Children of the shadows : voices of the second generation. – Crawley: Univ. of Western Australia Press, 2002. – ISBN 1-876615-07-9

Citino, Robert: Germany and the Union of South Africa in the Nazi period. – New York [u.a.]: Greenwood Press, 1991. – (Contributions to the study of world history ; no. 27). ISBN 0-313-27789-3

Davies, Alan: How silent were the churches? : Canadian protestantism and the Jewish plight during the Nazi era. – Waterloo: Wilfrid Laurier Univ. Press, 1998. – ISBN 0-88920-309-1

Deutscher Besatzungsterror in Griechenland 1941-44: Konferenz – Darmstadt 30. 11.–2. 12. 2001. Darmstadt 2001

Entgrenzte Gewalt: Täterinnen und Täter im Nationalsozialismus. – Bremen: Ed. Temmen, 2002. (Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland ; 7). ISBN 3-86108-371-X

Epstein, Helen: Children of the Holocaust : conversations with sons and daughters of survivors. – New York: Penguin, 1988. ISBN 0-1401-1284-7

Erinnerungskulturen im Dialog: europäische Perspektiven auf die NS-Vergangenheit. Hamburg [u.a.]: Unrast, 2002. (reihe antifaschistischer texte). ISBN 3-89771-811-1

Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg: ein Vergleich; Krieg, Kriegserlebnis, Kriegserfahrung in Deutschland 1914-1945. – Paderborn [u.a.]: Schöningh, 2002. ISBN 3-506-79161-3

»Es muß doch in diesem Lande wieder möglich sein...«: der neue Antisemitismus-Streit. – München: Ullstein, 2002. – ISBN 3-548-36425-X

Ethnologie und Nationalsozialismus. – Gehen: Escher, 2000. – (Veröffentlichungen des Instituts für Ethnologie der Universität Leipzig: Reihe: Fachgeschichte ; Bd. 1). ISBN 3-932642-13-9

Faensen, Hubert: Hightech für Hitler: die Hakeburg – vom Forschungszentrum zur Kaderschmiede. Berlin: Links, 2001. ISBN 3-86153-252-2

Flachowsky, Sören: Die Bibliothek der Berliner Universität während der Zeit des Nationalsozialismus. Berlin: Logos, 2000. – (Berliner Arbeiten zur Bibliothekswissenschaft ; Bd. 2). ISBN 3-89722-480-1

Forte, Dieter: Schweigen oder sprechen. Frankfurt a.M.: Fischer, 2002. – ISBN 3-10-021113-8

Fraser, David: Rommel : die Biographie. Überarb. und erg. Fassung. – Berlin: Siedler, 2001. ISBN 3-572-01282-1

Freiheit und Demokratie : 25 Jahre nach dem »Deutschen Herbst«: Herausforderungen und Verpflichtungen für Bürger und Staat in einer freiheitlichen Demokratie; Gedenkveranstaltung für die Opfer des Terrorjahres 1977; Friedrichstadtkirche am Französischen Dom Berlin, 18. Oktober 2002. Hamburg: Hoffmann und Campe, 2002. ISBN 3- 455-10416-9

Friedler, Eric: Zeugen aus der Todeszone: das jüdische Sonderkommando in Auschwitz. Lüneburg: zu Klampen, 2002. ISBN 3-934920-24-1

Friedrich, Jörg: Der Brand: Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945. – 5. Aufl. – München: Propyläen, 2002. – ISBN 3-549-07165-5

Gedächtnis aus Stein : die Synagoge in Kippenheim 1852-2002. – Heidelberg [u.a.]: verl. regionalkultur, 2002. ISBN 3-89735-195-1

Geoffroy, René: Ungarn als Zufluchtort und Wirkungsstätte deutschsprachiger Emigranten (1933-1938/39). – Frankfurt a.M.: Lang, 2001. (Studien zur Deutschen und Europäischen Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts; Bd. 45). Anhang u.a.: Verzeichnis der nach Ungarn geflüchteten Personen 1933-1944 (Auswahl). ISBN 3-631-38276-6

Gestörte Identitäten? Eine Zwischenbilanz der Zweiten Republik: ein Symposium zum 65. Geburtstag von Moritz Csáky. Innsbruck [u.a.]: Studien Verl., 2002. – ISBN 3-7065-1687-X

Goldhagen, Daniel J.: A moral reckoning: the role of the Catholic Church in the Holocaust and its unfulfilled duty of repair. – London: Little, Brown, 2002. – ISBN 0-316-72446-7

Griffiths, Richard: Patriotism perverted : Captain Ramsay, the Right Club and British anti-semitism 1939-1940. – London: Constable, 1998. ISBN 0-09-467920-7

Gross, Jan T.: Revolution from abroad: the soviet conquest of Poland's Western Ukraine and Western Belorussia. – Expanded ed. Princeton [u.a.]: Princeton Univ. Press, 2002. – ISBN 0-691-09603-1

Gustenau, Michaela: Mit brauner Tinte: nationalsozialistische Presse und ihre Journalisten in Oberösterreich (1933-1945). Linz: Oberösterreichisches Landesarchiv, 1992. (Beiträge zur Zeitgeschichte Oberösterreichs; 13). ISBN 3-900313-53-9

Halle, Uta: »Die Externsteine sind bis auf weiteres germanisch!« : prähistorische Archäologie im Dritten Reich. – Bielefeld: Verl. für Regionalgeschichte, 2002. – (Sonderveröffentlichungen des Naturwissenschaftlichen und Historischen Vereins für das Land Lippe; Bd. 68). ISBN 3-89534-446-x

Haug, Gunter: Niemandes Tochter: auf den Spuren eines vergessenen Lebens. – Hamburg: Hoffmann und Campe, 2002. – ISBN 3-455-09359-0

Heidenreich, Gisela: Das endlose Jahr: die langsame Entdeckung der eigenen Biografie – ein Lebensbornschiedsal. – 3. Aufl. – Bern [u.a.]: Scherz, 2002. ISBN 3-502-18315-5

Hermeler, Ludwig: Die Euthanasie und die späte Unschuld der Psychiater : Massenmord, Bedburg-Hau und das Geheimnis rheinischer Widerstandsllegenden. – Essen: Klartext, 2002. (Rheinprovinz: Dokumente und Darstellungen zur Geschichte der rheinischen Provinzialverwaltung und des Landschaftsverbandes Rheinland ; Bd. 14). ISBN 3-89861-088-8

Die Herren Journalisten: die Elite der deutschen Presse zwischen Nationalsozialismus und Bundesrepublik Deutschland. – München: Beck, 2002. (becksche reihe). – ISBN 3-406-47597-3

Herskovits-Gutmann, Ruth: Auswanderung vorläufig nicht möglich: die Geschichte der Familie Herskovits aus Hannover. – Göttingen: Wallstein Verl., 2002. – ISBN 3-89244-507-9

Herzfeld, Andreas: Die Geschichte der deutschen KFZ-Kennzeichen. – Achim: Dt. Ges. für Flaggenkunde, 2002. – ISBN 3-935131-01-1

Holocaust und Nationalsozialismus. – Innsbruck [u.a.]: Studien Verlag, 2002. – (Konzepte und Kontroversen : Materialien für Unterricht und Wissenschaft in Geschichte – Geographie – Politische Bildung ; Bd. 1). ISBN 3-7065-1774-4

Hubert, Peter: Uniformierter Reichstag: die Geschichte der Pseudo-Volksvertretung 1933–1945. Düsseldorf: Droste, 1992. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien; Bd. 97). ISBN 3-7700-5167-X

Huneke, Douglas K.: In Deutschland unerwünscht: Hermann Gräbe; Biographie eines Judenretters. Lüneburg: zu Klampen, 2002. ISBN 3-934920-19-5

»Im Sammeltransport verlegt« : die Einbeziehung der sächsischen Kranken- und Behinderteneinrichtungen in die »Aktion T4«. – Pirna 2002. – (Sonnenstein: Beiträge zur Geschichte des Sonnensteins und der Sächsischen Schweiz; H. 4)

Jahrbuch Menschenrechte 2000. Originalausg. – Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 1999. ISBN 3-518-39565-3

Jahresbericht der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten 2001. – Oranienburg: Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, 2001

Jeschonnek, Friedrich: Alliierte in Berlin 1945–1994: ein Handbuch zur Geschichte der militärischen Präsenz der Westmächte. – Berlin: Berlin Verl., 2002. ISBN 3-8305-0290-7

Judenfeindschaft als Paradigma: Studien zur Vorurteilsforschung. – Berlin: Metropolis, 2002. ISBN 3-936411-09-3

Jung, Susanne: Die Rechtsprobleme der Nürnberger Prozesse : dargestellt am Verfahren gegen Friedrich Flick. – Tübingen: Mohr, 1992. – (Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts ; 8). ISBN 3-16-145941-5

Justiz im Nationalsozialismus: über Verbrechen im Namen des Deutschen Volkes; Beiträge und Katalog zur Ausstellung. – Baden-Baden: Nomos, 2002. ISBN 3-7890-8179-5

Kahmann, Henning: Die Bankiers von Jacquier & Securius 1933–1945: eine rechtshistorische Fallstudie zur »Arisierung« eines Berliner Bankhauses. Frankfurt a.M.: Peter Lang, 2002. – (Rechtshistorische Reihe ; Bd. 258). – ISBN 3-631-38987-6

Kaiser, Gerd: Katyn: das Staatsverbrechen – das Staatsgeheimnis. – Berlin: Aufbau, 2002. Umfangreicher Dokumentenanhang. ISBN 3-7466-8078-6

Keil, Lars-Broder: Deutsche Legenden: vom »Dolchstoß« und anderen Mythen der Geschichte. Berlin: Ch. Links, 2002. – ISBN 3-86153-257-3

Kanzler und Minister 1949–1998 : biografisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen. – Korrigierter Nachdr. – Wiesbaden: Westdeutscher Verl., 2001. – ISBN 3-531-13407-8

Klarsfeld, Serge: Remembering Georgy: letters from the house of Izieu. – New York: Aperture, 2001. – ISBN 0-89381-954-9

Kobrak, Christopher: National cultures and international competition: the experience of Schering AG, 1851–1950. – Cambridge: Cambridge Univ. Press, 2002. – ISBN 0-521-81481-2

Königseder, Angelika: Recht und nationalsozialistische Herrschaft: Berliner Anwälte 1933–1945 ; ein Forschungsprojekt des Berliner Anwaltsvereins e.V. – Bonn: Dt. Anwaltverl., 2001. – Dokumentenanhang. ISBN 3-8240-0528-X

Köster, Werner: Die Rede über den »Raum«: zur semantischen Karriere eines deutschen Konzepts. – Heidelberg: Synchron, 2002. – (Studien zur Wissenschafts- und Universitätsgeschichte ; Bd. 1). ISBN 3-935025-06-8

Konzentrationslager und Zwangsarbeit in Leonberg. Leonberg: Stadtarchiv, 2001. – ISBN 3-933636-06-X

Krause, Michael: Flucht vor dem Bombenkrieg: »Umquartierungen« im Zweiten Weltkrieg und die Wiedereingliederung der Evakuierten in Deutschland. 1943–1963. – Düsseldorf: Droste, 1997. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien ; Bd. 109). ISBN 3-7700-5199-8

Krawczyk, Wade: Waffen SS uniforms & insignia. Ramsbury: Crowood Press, 2001. ISBN 1-86126-461-5

Kreppel, Klaus: Israels fleißige Jeckes: zwölf Unternehmerportraits deutschsprachiger Juden aus Nahariya. – Bielefeld: Westfalen-Verl., 2002. ISBN 3-88918-1015

Lachen im Dunkeln: Amüsement im Lager Westerbork. – Münster: LIT, 1997. (Niederlande-Studien: Kleinere Schriften; H. 3). ISBN 3-8258-3369-0

Lentin, Antony: Lloyd George and the lost peace: from Versailles to Hitler, 1919-1940. – Houndmills: Palgrave Macmillan, 2001. – ISBN 0-333-91961-0

Littner, Jakob: Mein Weg durch die Nacht : mit Anmerkungen zu Wolfgang Koeppens Textadaption. Berlin: Metropol, 2002. – (Bibliothek der Erinnerung; Bd. 8). – ISBN 3-936411-10-7

Medizin und Nationalsozialismus : die Freiburger Medizinische Fakultät und das Klinikum in der Weimarer Republik und im »Dritten Reich«. Frankfurt a.M.: Peter Lang, 2002. (Medizingeschichte im Kontext ; Bd. 10). ISBN 3-631-38819-5

Megged, Aharon: The story of the Selvino children: journey to the promised land. – London [u.a.]: Vallentine Mitchell, 2002. – ISBN 0-85303-398-6

Mehlhase, Torsten: Flüchtlinge und Vertriebene nach dem Zweiten Weltkrieg in Sachsen-Anhalt: ihre Aufnahme und Bestrebungen zur Eingliederung in die Gesellschaft. – Münster [u.a.]: LIT, 1999. – (Geschichte ; 22). – Dokumentenanhang Hochschulschrift: Magdeburg, Univ., Diss., 1997. ISBN 3-8258-4278-9

Memory and power in post-war Europe: studies in the presence of the past. – Cambridge: Cambridge Univ. Press, 2002. – ISBN 0-512-00070-X

Memory offended: the Auschwitz convent controversy. – New York [u.a.]: Praeger, 1991. ISBN 0-275-93848-4

Messenger, Charles: Hitler's gladiator: the life and military career of Sepp Dietrich. London: Brassey s, 2001. – ISBN 1-85753-365-8

Moi, Arne: Das Lager: ein Norweger in Bergen-Belsen. – Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2002. (Bergen-Belsen Schriften ; Bd. 5). ISBN 3-525-35133-X

Moritz, Stefan: Grüß Gott und Heil Hitler! : Katholische Kirche und Nationalsozialismus in Österreich. – Wien: Picus Verl., 2002. ISBN 3-85452-462-5

National socialist culture policy. – Houndmills: Pelgrave Macmillan, 1995. – ISBN 0-333-61982-X

Nationalsozialistische Familienpolitik zwischen Ideologie und Durchsetzung. – Hamburg: Mauke, 2001. – ISBN 3-931518-25-6

Noethen, Stefan: Alte Kameraden und neue Kollegen: Polizei in Nordrhein-Westfalen 1945–1953. Essen: Klartext, 2003. – (Geschichtsort : Erinnern, Forschen, Lernen ; Schriften 3). ISBN 3-89861-110-8

Nolte, Hans-Heinrich: Häftlinge aus der UdSSR in Bergen-Belsen: Dokumentation der Erinnerung; »Ostarbeiterinnen« und »Ostarbeiter«, Kriegsgefangene, Partisanen, Kinder und zwei Minsker Jüdinnen in einem deutschen KZ. Frankfurt a.M. [u.a.]: Lang, 2001. ISBN 3-631-38300-2

Olsen, Kåre: Vater: Deutscher: das Schicksal der norwegischen Lebensbornkinder und ihrer Mütter von 1940 bis heute. – Frankfurt [u.a.]: Campus, 2002. – ISBN 3-593-37002-6

Out of the inferno : the efforts that led to the rescue of Rabbi Yosef Yitzchak Schneersohn of Lubavitch from war torn Europe in 1939–40. New York: Kehot Publ. Society, 2002. ISBN 0-8266-0683-0

Overy, Richard J.: Verhöre: die NS-Elite in den Händen der Alliierten 1945. München: Propyläen, 2002. – ISBN 3-549-07163-9

Persistence of youth: oral testimonies of the Holocaust. – New York [u.a.]: Greenwood Press, 1991. (Contributions to the study of world history; no. 32). ISBN 0-313-28123-8

Piccinini, Ombretta: I ragazzi ebrei di Villa Emma a Nanantola: fotografie di una mostra. – Nonantola: Comune di Nonantola, 2002

Plöckinger, Othmar: Reden um die Macht?: Wirkung und Strategie der Reden Adolf Hitlers im Wahlkampf zu den Reichstagswahlen am 6. November 1932. – Wien: Passagen-Verl., 1999. (Passagen Diskursforschung). ISBN 3-85165-398-X

Der Preis der Versöhnung: Südafrikas Auseinandersetzung mit der Wahrheitskommission. Frankfurt a.M.: Medico International, 1998. ISBN 3-923363-27-3

Projekt: Judenplatz Wien: zur Konstruktion von Erinnerung. – Wein: Paul Zsolnay, 2000. ISBN 3-552-04982-7

Psychoanalyse und Nationalsozialismus: Beiträge zur Bearbeitung eines unbewältigten Traumas. Neuaufl. – Frankfurt a.M.: Fischer, 1994. ISBN 3-596-12231-7

Reading, Anna: Social inheritance of the Holocaust: gender, culture and memory. Houndmills: Palgrave Macmillan, 2002. ISBN 0-333-76147-2

Reibel, Carl-Wilhelm: Das Fundament der Diktatur: die NSDAP-Ortsgruppen 1932-1945. Paderborn: Schöningh, 2002. – (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart). ISBN 3-506-77528-6

Remy, Maurice Philip: Mythos Rommel. München: List, 2002. – ISBN 3-471-78572-8

Rüstungsforschung im Nationalsozialismus: Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften. – Göttingen: Wallstein, 2002. – (Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus ; Bd. 3). ISBN 3-89244-497-8

Schmid, Harald: Erinnern an den »Tag der Schuld«: das Novemberpogrom von 1938 in der deutschen Geschichtspolitik. – Hamburg: Ergebnisse, 2001. (Forum Zeitgeschichte ; Bd. 11). ISBN 3-87916-062-7

Scholtz, Harald: Erziehung und Unterricht unterm Hakenkreuz. – Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1985. – (Kleine Vandenhoeck-Reihe; 1512). ISBN 3-525-33512-1

Schwab, Irina: Flüchtlinge und Vertriebene in Sachsen 1945-1952: die Rolle der Kreis- und Stadtverwaltungen bei Aufnahme und Integration. Frankfurt a.M. [u.a.]: Lang, 2001. – (Europäische Hochschulschriften : Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften ; Bd. 927). – Hochschulschrift: Leipzig, Univ., Diss., 2001. – ISBN 3-631-38794-6

Schwan, Gesine: Politics and guilt : the destructive power of silence. – Lincoln [u.a.]: Univ. of Nebraska Press, 2001. – ISBN 0-8032-4280-8

Schwartz, Pinkhas: Hermann Kruk (1897-1944). Bibliothekar und Chronist im Ghetto Wilna (1941-1943) : (Laurentius Sonderheft). – 2. erw. u. verb. Aufl. – Hannover: Laurentius, 1990

Seckendorf, Martin: Hellas unterm Hakenkreuz : Ausstellung über die deutsche Besatzung in Griechenland 1941 bis 1944. – Berlin: Berliner Initiative »Griechenland unterm Hakenkreuz«.

Seithe, Horst: Das Deutsche Rote Kreuz im Dritten Reich (1933-1939): mit einem Abriß seiner Geschichte in der Weimarer Republik. – 2. Aufl. Frankfurt a.M.: Mabuse-Verl., 2001. – (Mabuse-Verlag Wissenschaft; Bd. 9). – Hochschulschrift: Münster (Westfalen), Univ., Diss. H. Seithe, 1992. ISBN 3-925499-69-5

Simon, Elisabeth: Bibliothekswesen in Frankreich: eine Einführung. – Saur: München [u.a.], 1986. ISBN 3-598-10598-3

Spotts, Frederic: Hitler and the power of aesthetics. – London: Hutchinson, 2002. ISBN 0-09-179394-7

Staat und NSDAP 1930-32: Quellen zur Ära Brüning. – Düsseldorf: Droste, 1977. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien: Dritte Reihe: Die Weimarer Republik ; Bd. 3). – ISBN 3-7700-5093-2

Stalin's secret pogrom : the postwar inquisition of the Jewish anti-fascist committee. – New Haven [u.a.]: Yale Univ. Press, 2001. – (Annals of Communism). – ISBN 0-300-08486-2

Stieg, Margaret F.: Public libraries in Nazi Germany. Tuscaloosa [u.a.]: The Univ. of Alabama Press, 1992. ISBN 0-8173-0556-4

Szpilman, Wladyslaw: Der Pianist: mein wunderbares Überleben. – 4. Aufl. – München: Ullstein, 2002. ISBN 3-548-36351-2

Taler, Conrad: Zweierlei Mass: oder: Juristen sind zu allem fähig. – Köln: Papyrossa, 2002. (Neue Kleine Bibliothek ; 80). – ISBN 3-89438-244-9

Topographie des Terrors: Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem »Prinz-Albrecht-Gelände« ; eine Dokumentation. – 14., überarb. und erw. Aufl. – Berlin: Arenhövel, 2002. ISBN 3-922912-21-4

Topography of Terror: Gestapo, SS and Reichssicherheitshauptamt on the »Prinz-Albrecht-Terrain«; a documentation. – 12th ed. – Berlin: Arenhövel, 2002. – ISBN 3-922912-25-7

Understanding genocide: the social psychology of the Holocaust. – Oxford: Oxford Univ. Press, 2002. ISBN 0-19-513362-5

Das Vermächtnis annehmen: kulturelle und biografische Zugänge zum Holocaust – Beiträge aus den USA und Deutschland. – Gießen: Psychosozial-Verl., 2002. – (Reihe Psyche und Gesellschaft). – ISBN 3-89806-131-0

Verbrechen der Wehrmacht: Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944 ; Ausstellungskatalog. – 2. durchges. und erg. Aufl. – Hamburg: Hamburger Ed., 2002. – ISBN 3-930908-74-3

Verwandlungen durch Licht: Fotografieren in Museen & Archiven & Bibliotheken. – Esslingen: Museumsverband Baden-Württemberg, 2001. (Rundbrief Fotografie; Sonderh. 6)

Wagner, Patrick: Hitlers Kriminalisten: die deutsche Kriminalpolizei und der Nationalsozialismus zwischen 1920 und 1960. – München: Beck, 2002. ISBN 3-406-49402-1

Walda, Dick: Der Trompeter von Auschwitz: Erinnerungen von Lex van Weren. – Amsterdam: De Bataafsche Leeuw, 2002. ISBN 90-6707-552-3

Waller, James: Becoming evil: how ordinary people commit genocide and mass killing. New York: Oxford Univ. Press, 2002. ISBN 0-19-514868-1

Wandlungsprozesse in Westdeutschland : Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980. Göttingen: Wallstein, 2002. – (Moderne Zeit: neue Forschungen zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts ; Bd. 1). ISBN 3-89244-609-1

Weimar – das Scheitern einer Demokratie: Tonaufnahmen von 1918 bis 1932. Berlin, 2000. (Stimmen des 20. Jahrhunderts)

Weingartner, James J.: Hitler's guard : inside the Führer's personal SS force. – New York: Berkley Books, 1990. ISBN 0-425-12305-7

Weinke, Annette: Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland : Vergangenheitsbewältigung 1949–1969 oder: eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte im Kalten Krieg. Paderborn [u.a.]: Schöningh, 2002. Hochschulschrift: Potsdam, Univ., Diss., 2001. ISBN 3-506-79724-7

Wiesel, Elie: After the darkness : reflections on the Holocaust. – New York: Schocken Books, 2002. ISBN 0-8052-4182-5

Winkler, Heinrich August: The long shadow of the Reich weighing up German history. – London 2002. (Annual lecture; 2002)

Zelizer, Barbie: Remembering to forget : Holocaust memory through the camera's eye. – Chicago [u.a.]: The Univ. of Chicago Press, 1998. ISBN 0-226-97973-3

Zeman, Zbynek: Heckling Hitler: caricatures of the Third Reich. – London: I. B. Tauris, 1987. ISBN 1-85043-049-7

Zertal, Idith: From catastrophe to power: Holocaust survivors and the emergence of Israel. Berkeley [u.a.]: Univ. of California Press, 1998. ISBN 0-520-21578-8

G E D E N K S T Ä T T E N I M I N T E R N E T

Das Forum bietet die Möglichkeit des schnellen und einfachen Austausches, der Zusammenarbeit und der Diskussionsplattform für Gedenkstätten und Interessierte. Es dient der frühzeitigen Bekanntgabe von Terminen, der Veröffentlichung von Hinweisen auf neue Publikationen und Projekte. Es besteht die Möglichkeit, die eigene Einrichtung vorzustellen und Links zur eigenen Homepage anzulegen.
www.topographie.de/gedenkstaettenforum

O P E N - A I R A U S S T E L L U N G » T O P O G R A P H I E D E S T E R R O R S «

Bis zur Fertigstellung des Neubaus des Internationalen Dokumentationszentrums ist die Ausstellung »Topographie des Terrors, Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem »Prinz-Albrecht-Gelände« Open-Air zu besichtigen. Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin, Eintritt frei, täglich geöffnet, Mai bis September 10–20 Uhr, Oktober–April 10 Uhr bis spätestens 18 Uhr.

Führungen nach Vereinbarung: Telefon (030) 254 86-703, jonelat@topographie.de
www.topographie.de